Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1930

198 (27.8.1930)

Visual Library

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gespaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellengesuche 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 30 Pfennig ○ Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichteinhaltung des Zahlungsziels, bei gerichtlicher Beitreibung und bei Konkurs außer Kraft tritt ○ Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe i. B. ○ Schluß der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk Die Mußestunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2.50 Mark ○ Ohne Zustellung 2.20 Mark ○ Durch die Post 2.06 Mark ○ Einzelverkauf 15 Pfennig ○ Erscheint 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr ○ Postscheckkonto 2650 Karlsruhe ○ Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 ○ Fernruf 7020 und 7021 ○ Volksfreund-Filialen: Durlach, Hauptstraße 9; B.-Baden, Jagdhausstraße 12; Rastatt, Rosenstraße 2; Offenburg, Republikstraße 8

Nummer 198 — Karlsruhe, Mittwoch, den 27. August 1930 — 50. Jahrgang

Reichsreform

Gesetzentwurf zur Reichsreform aus Kreisen der Länderkonferenz

Beim Reichskabinett liegt, wie der Demokratische Zeitungsdienst erfährt, ein fertig ausgearbeiteter Entwurf eines Gesetzes über die Reichsreform aus Kreisen der Länderkonferenz vor. Dieser Entwurf entspricht inhaltlich den Großen und Ganzen den Beschlüssen des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz, berücksichtigt aber deren Lücken und gibt auch Hinweise auf weitere Verbesserungen.

Der Entwurf sieht zwei Teile vor, einmal die Aenderungen der Reichsverfassung und zweitens die Uebergangsvorschriften, soweit sie notwendig sind. Der Entwurf soll erst nach zwei Jahren in Kraft treten. Die **Justiz** soll dem Reiche zustehen, ebenso in höchster Instanz **Polizei, Gemeindeaufsicht, Gewerbeaufsicht, Kirchen-** und **innere Schulangelegenheiten.** Es soll allen Ländern nach der Verfassung zustehen, zu der „vereinfachten Verwaltungsreform" überzugehen.

In dem zweiten Teil heißt es, daß die bisherigen preußischen Provinzen und die Länder Thüringen, Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Bremen, Lippe, Lübeck, Mecklenburg-Strelitz und Schaumburg-Lippe vorbehaltlich der territorialen Neugliederung als „Länder vereinfachter Verwaltungsreform" angesehen werden. Während der Uebergangszeit soll in Preußen der Landtag für besondere Aufgaben bestehen bleiben; es wird vorgesehen, daß die Reichsregierung unter entsprechender Erweiterung zugleich die preußischen Ministerien und die preußische Staatsverwaltung übernehmen soll. Die anderen Länder vereinfachter Verwaltungsreform sollen anstelle ihrer Landesminister Landesdirektoren erhalten. Die laufende Gesetzgebung soll bis zu dem Zeitpunkt, wo sie der Reichstag übernehmen kann, von der Reichsregierung mit dem durch Erweiterung des preußischen Landtages gebildeten Gemeinschaftlichen Landtag besorgt werden.

Ein echter Hakenkreuzler

Wie die Hitlerianer sich gegenseitig einschätzen

Spitzenkandidat der Nazis in der Pfalz ist ein Lehrer Bürckel, der gleichzeitig auch Gauleiter der Nazis in der Pfalz ist. Gegen den Mann werden aus den eigenen Reihen heraus die schwersten Anschuldigungen erhoben, er habe monatelang Gelder der Hitlerpartei für sich persönlich verwendet. Es wurde auch Beschwerde bei der Reichsleitung in München gegen Bürckel geführt, die jedoch erfolglos verlaufen ist. Im Gegenteil: Herr Bürckel ist nicht nur Gauleiter geblieben, sondern auch zum Spitzenkandidaten der Nazis in der Pfalz avanciert. Man erklärt das in den Parteikreisen daraus, daß Bürckel über eine genaue Kenntnis der Geldquellen der Hitlerpartei verfügt und Hitler selbst deshalb ihn nicht anzufassen wagt. Als nun feststand, daß die Reichsleitung in München diesem interessanten Vorkämpfer für das dritte Reich nicht an den Kragen zu gehen wagt, hat ein empörter Nationalsozialist an Bürckel den folgenden Brief geschrieben, den wir ohne Kommentar wiedergeben:

„Neustadt a. H., 17. April 1930.

Herrn Lehrer Bürckel

Besitzer des „Eisenhammer"

Mußbach.

Sich kann Sie nicht Gauleiter nennen, das wäre nämlich meines Erachtens eine Schädigung des Ansehens der NSDAP. Ich kann Sie nur Besitzer des „Eisenhammer" nennen, da Sie Ihrer inneren Einstellung als Ihrer geheimen Tätigkeit zu dieser Schande der NSDAP., ja sogar Schande des Jahrhunderts, passen; denn Sie sind ja nicht nur die leibliche, sondern auch die seelische Verkörperung dieses Machwerkes.

Wenn Sie sich auch von Bachmann in einem Brief an Bösel vom Nationalsozialismus bescheinigen lassen, so ist dies für die Gemeinheit belanglos, da dieser Judenfreund und Parteiverräter vom Nationalsozialismus genau so wenig Ahnung hat wie Sie. Und wenn Ihr Spezi und Adjutant Röhrig meint, Sie seien ein Charakter, so ist dieses Zeugnis wertlos, da dieser sich so wenig Charakter wie Sie aufweist, hat er sich doch schon mehrere Verfehlungen (Unterschlagung von Parteigeldern und Betrug) zuschulden kommen lassen.

Ein Mensch,
der sich mit solch tiefstehenden Personen abgibt,
der Spitzeldienste leistet,
der im Schmutz wühlt und Intrigien spinnt,
der andere für sich einsperren läßt,
der feige sich vor Verantwortung und Konsequenzen drückt,
der nur niedere, **schmutzige** und **schamlose** Gesinnung, **aber keine** ehrbaren Ideale besitzt,
der zur Erreichung eines **ehrlosen** Zwecks zur **Nötigung und Erpressung** schwachen Personen gegenüber greift,
der abwesende Parteimitglieder öffentlich beschimpft und **verleumdet,**
der es **vor Gericht und im Privatleben mit der Wahrheit nicht genau** nimmt,
der abgekartete **Lügen** an Stelle der eigenen Personen setzt,
der andere zum **Falscheide** informiert,
der nur verspricht und nichts hält,
der Professionalismus an Stelle der Allgemeinheit setzt,
der Volksbildner zu sein vorgibt und alles aufkeimende Gute, Wahre und Schöne verachtet,
der haltlos und ziellos ohne Ueberlegung und Berücksichtigung des Ausganges sich die **gemeinsten** Ausfälle erlaubt,
der das **Feige** und Unverantwortliche anbetet,
der die **persönliche Ehre** von Parteigenossen **mit Füßen tritt,**
der Dankbarkeit als einen veralteten Begriff ansieht,
der **Armen und Schwachen gegenüber gemein und brutal wird,**
der sich schlaflose Nächte macht, weil er nicht weiß, welche Rolle er einmal spielen will,
der Existenzen kleiner Parteigenossen vernichtet,
der vor keinem Terror zurückschreckt, den kleinen Parteigenossen gegenüber den starken Mann und Tatmenschen zu spielen,
der **seine Privatwirtschaft zum Kreditbetruge eingerichtet hat,**
der den **Unterschied zwischen Mein und Dein nicht kennt,**
der geleistete Arbeit mit Unverschämtheit und Gemeinheit bezahlt,
der in ständigen Aengsten vor Enthüllungen lebt,
ist keine Führernatur,
sondern **ein gewissenloses und charakterloses Individuum,** ein politischer Abenteurer, ein gemeingefährlicher Verbrecher und Verräter an einem Ideale, für das Tausende zu sterben bereit sind. Solche Schädlinge gehören nicht, wie vielfach behauptet wird, ins Irrenhaus, sondern ins Zuchthaus.

Daß Sie in kürzester Zeit dort landen, dafür garantiert

H. B(urkhart).

Bayerische Sozialdemokratie regierungsbereit

Die bayerische Regierungskrise

München, 26. Aug. (Eig. Drahtb.) Die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtags hat am Dienstag beschlossen, den ihr vom Landtagspräsidenten erteilten Auftrag zur Neubildung der Regierung anzunehmen und weiter zu verfolgen.

In einem Schreiben an den Landtagspräsidenten wird die Sozialdemokratie ihre Stellungnahme zur Regierungsbildung eingehend darlegen.

Schiedsspruch für Nordwest

Dortmund, 26. Aug. (Eig. Draht.) Am Dienstag wurde für die Eisen- und Metallindustrie Nordwest ein Schiedsspruch gefällt, in dem etwa für 2—3000 Arbeiter die Arbeitszeit um im Teil 57, 54 und 52 Stunden auf 48 Stunden herabgesetzt wird. Der Vertrag hat ein Jahr Laufzeit, die Erklärungsfrist läuft am 1. September ab.

Der Schiedsspruch deckt sich mit den seinerzeit zwischen dem Christlichen Metallarbeiterverband und dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein vereinbarten Forderungen.

Die Lohnkommission des Deutschen Metallarbeiterverbandes will ihre Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs am Freitag nachmittag treffen.

Deutsche Ozeanflieger in Neuyork gelandet

Neuyork, 26. Aug. Der deutsche Ozeanflieger von Gronau ist mit seinen Begleitern 3.45 Uhr nachmittags (Ortszeit) im Neuyorker Hafen gelandet.

Neuyork, 26. Aug. Etwa 10 000 Menschen umsäumten die Ufer von Battery, als das Flugzeug Gronaus in der Nähe der Freiheitsstatue niederging. Die Ozeanflieger gaben, nachdem sie mit dem Polizeiboot an Land gebracht waren, verschiedenen Reportern Auskunft, kehrten an Bord ihres Flugzeuges zurück und stiegen nach Northbeach auf, wo das Flugzeug untergebracht wird.

Großes Straßenbahnunglück in Cannstatt

Stuttgart, 26. August. (Eig. Draht.) Ein schweres Straßenbahnunglück fand am Dienstag gegen 7 Uhr morgens in Cannstatt an der Wilhelmsbrücke statt. Ein aus Motorwagen mit zwei Anhängewagen besetzter Zug fuhr einem anderen, das Gleis wechselnden Zug mit solcher Wucht in die Flanke, daß der angefahrene Wagen umfiel. Der durch den Anprall aus dem Wagen geworfene Maschinenformer Läpple aus Münster a. N. wurde von dem umfallenden Wagen getroffen und war sofort tot. Dreizehn weitere Fahrgäste wurden verletzt, davon vier Arbeiterinnen und ein Arbeiter schwer. Vier Verletzte mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Der Führer des anfahrenden Wagens ist vorläufig festgenommen worden. Er macht geltend, daß die Schienenbremse versagt habe. Der Vorgang rief bei den Fahrgästen eine Panik hervor, so daß sie teilweise durch die Fenster aus den Wagen flüchteten.

Verschärftes Uniformverbot in Bayern

München, 26. Aug. (Eig. Drahtb.) Die sich in der letzten Zeit immer mehr häufenden Zusammenstöße politischer Gegner, die ausschließlich von den Nationalsozialisten und Kommunisten verursacht wurden, haben den **bayerischen Innenminister** veranlaßt, sein schon seit einigen Monaten bestehendes Verbot des **Tragens von Parteiuniformen** bei Versammlungen unter freiem Himmel für die Wahlzeit zu **verschärfen.**

Die Polizeibehörden aller großen Städte des Landes sind angewiesen worden, mit sofortiger Wirkung das Tragen von Parteiuniformen in allen öffentlichen politischen Versammlungen sowie auf öffentlichen Straßen und Plätzen für die Zeit von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens zu verbieten. Unter Parteiuniform ist **auch das Tragen von Armbinden** zu verstehen, die die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei oder ihrer Schutzeinrichtungen dartun. Gestattet ist lediglich eine Kennzeichnung des Ordnungsdienstes der Partei, die die betreffende Versammlung veranstaltet. Gleichzeitig ist das von der Stadt München erlassene **Verbot der Wirtschaftsführung** aus Anlaß der nationalsozialistischen und kommunistischen Versammlungen auf ganz Bayern ausgedehnt worden. Das Verbot tritt am 15. September, mittags 12 Uhr, außer Kraft.

Auch Hamburg verschärft Verbote

Hamburg, 26. Aug. Die Hamburger Polizeibehörde hat an die NSDAP. folgendes Schreiben gerichtet: „Fast alle bisherigen Demonstrationen der NSDAP. haben zu Störungen der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung geführt. Um weiteren Gefährdungen der öffentlichen Ordnung vorzubeugen, werden bis auf Weiteres alle Demonstrationen sowie Umzüge der NSDAP., z. B. auf Lastkraftwagen, in einheitlicher Kleidung und mit einheitlichen Abzeichen hiermit verboten. Alle geschlossenen An- und Abmärsche zu und von Versammlungen werden hiermit ebenfalls verboten.

Die Schuld am Bunzlauer Zusammenstoß

Die kommunistische Presse behauptet, daß der blutige Zusammenstoß in Bunzlau auf den sozialdemokratischen Landrat Köhne zurückzuführen sei. Köhne habe den Polizeibeamten den Befehl zum Scharfschießen gegeben.

Wahr ist — wie amtlich mitgeteilt wird, — daß die Polizeibeamten als sie sich in Notwehr glaubten, von sich aus ohne besonderen Befehl von der Waffe Gebrauch gemacht haben.

Bürgerliche Parteien

Am Dienstag befaßte sich der **Vorstand** der **Wirtschaftspartei** in Berlin mit dem **gemeinsamen Wahlaufruf,** der vor einigen Tagen von der Deutschen Volkspartei, der Konservativen Volkspartei und maßgebenden Vertretern der Wirtschaftspartei vereinbart worden war. Als der Aufruf erschienen war, ergriffen die für die Vereinbarung verantwortlichen Personen der Wirtschaftspartei vor ihren Freunden von gestern die Flucht. Sie erklärten sich für desinteressiert. Diesem Spiel hat sich der Vorstand der Wirtschaftspartei am Dienstag angeschlossen.

Die **Komödie** um den gemeinsamen Wahlaufruf der bürgerlichen Mitte ist damit zu Ende. Sie findet ihren Abschluß in einer schmählichen Desavouierung der Herren Scholz und Treviranus und einer Unwahrhaftigkeit der Wirtschaftspartei, die plötzlich so tut, als habe sie den Wahlkampf von allem Anfang an selbständig führen wollen und als hätten maßgebende Vertreter dieser Organisationen niemals daran gedacht, einen gemeinsamen Aufruf zu unterzeichnen.

Eine schöne Gesellschaft!

Wirtschaftspartei und Wahlreform

Berlin, 27. August. (Funkdienst.) Auf einer Tagung des Reichsausschusses der Wirtschaftspartei äußerte sich **Reichsjustizminister** Dr. Bredt über die letzten Maßnahmen des Kabinetts und erklärte vor allem im Hinblick auf die vorgesehene sog. **Wahlreform,** daß er im Reichskabinett eine Erklärung abgegeben habe, wonach er sich vorbehalten habe, der Oeffentlichkeit gegenüber zu erklären, daß er seine Zustimmung zu dieser Wahlreform nicht geben könne, weil die wichtigste Forderung der Wirtschaftspartei die **Heraufsetzung des Wahlalters** auf 24 Jahre nicht berücksichtigt worden sei.

Beamte als Abgeordnete

Im letzten Reichstag waren von den 491 Abgeordneten 139 **öffentlich-rechtliche Beamte.** Das sind 28,3 Proz. Von den 58 Mitgliedern des Reichsrats sind 52, also 89,6 Proz. Beamte. Der preußische Landtag zählt 449 Mitglieder, darunter 33,4 Proz. Beamte. Von den 81 Mitgliedern des preußischen Staatsrats sind 47 Proz. Beamte. Unter den Reichstagsabgeordneten der Volksrechtspartei waren 100 Proz. Beamte. Ihr folgten die Demokraten mit 52 Proz., die Deutschhannoveraner mit 50 Proz., die Deutsche Volkspartei mit 42 Proz., die Deutschnationalen mit 39,1 Proz., das Zentrum mit 37,7 Proz., die Nationalsozialisten mit 33,3 Proz., die Sozialdemokraten mit 25 Proz., die Deutsche Bauernpartei mit 25 Proz., die Christlich-nationale Arbeitsgemeinschaft mit 22,7 Proz.

Sozialdemokratische Kandidaten

Die **Kandidatenlisten der Sozialdemokratie** aus den in unseren bisherigen Meldungen nicht verzeichneten Wahlkreisen liegen jetzt ebenfalls vor. Es kandidieren:

Wahlkreis 7 (Breslau): Paul Löbe, Wendemuth, Marie Anforge, Ziegler-Breslau, Paul Pohle-Striegau, Fritz Pietsch-Breslau, Hirsch-Raudten, Bretthorst-Breslau.

Wahlkreis 28 (Dresden—Bautzen): Fleißner, Toni Sender, Alfred Dobbert, Krätzig, Schirmer, Arzt, Margarete Stegmann.

Wahlkreis 30 (Chemnitz—Zwickau): Ströbel, Seydewitz, Kuhnt, Graupe, Stücklen.

Der Kurswechsel der Nazis

Finanzdiktator Feder ist abgesägt!

Als zu Anfang dieses Monats auf Grund bester Informationen (APK. vom 2. August) durch einen großen Teil der Presse die Meldung ging, daß der seitherige Reichstagsabgeordete der Nationalsozialisten und während der nächtlichen Stunden des Hitlerputsches als Finanzdiktator amtierende **Gottfr. Feder** bei den bevorstehenden Wahlen abgesägt werden soll, da antwortete die NSDAP. prompt mit einem schneidigen Dementi und verwies alle Gerüchte dieser Art in das Reich der Legende. Doch als unbeschadet dessen einige Tage später ein erneuter und detaillierter Bericht veröffentlicht und am „Fall Feder" der innerlich bereits vollendete Kurswechsel der Hitlerianer demonstriert wurde, da überschlug sich die Nazi-Presse geradezu vor Empörung ob dieser „übelsten Wahlmache" und „jüdisch-marxistischen Demagogie".

Triumphierend erzählten der **Völkische Beobachter** des Herrn **Hitler** und der **Angriff** des Herrn **Goebbels**, daß im Hakenkreuzlager alles in Ordnung sei, daß die Kandidatenliste zur allgemeinen Zufriedenheit von Herrn Hitler höchstpersönlich aufgestellt worden sei und zur gegebenen Zeit veröffentlicht würde; ja, das Berliner Blatt der Nazis brachte noch am 17. August unter der Spitzmarke: **„Kämpfer für Deutschlands Auferstehung!"** ein Bild **Feders** mit dem mehr tragikomischen, als prophetischen Hinweis, daß nach den Ideen dieses „Pg." der nationalsozialistische Staat durch „Verstaatlichung des Börsenwesens die Zinsknechtschaft brechen und die Wirtschaft wieder zur Dienerin des Staates und des Volkes machen wird".

Verschwiegen wurde behutsam, daß bei der Aufstellung der Kandidatenlisten ganz erhebliche Spannungen aufgetreten sind, daß Hitler die von den Landesverbänden nominierten Leute **zum Teil ohne Angabe von Gründen abgelehnt** und zu ersetzen versucht hat durch „linientreue" Kandidaten, daß er — sollte eine gütliche Einigung nicht möglich sein — gedroht hat, der **Partei seine eigene Kandidatenliste „aufzuoktroyieren"**. (APK. vom 5. August.)

Verschwiegen wurde insbesondere, daß **Hugenberg-Bang**, bezeichnenderweise unterstützt durch den rechten — vorwiegend **agrarischen und industriellen** — Flügel der Nationalsozialisten, mit der bei ihm sprichwörtlich gewordenen „Sturheit" hat erklären lassen, daß eine **Wiederaufstellung Feders**, dessen **„utopisch-sozialistisches Wirtschaftsprogramm"** im Rahmen einer großen und „einheitlichen nationalen Aktion kein Platz" habe, die **„Koalitionsfähigkeit der Nationalsozialisten** ernsthaft gefährden müsse" und im Widerspruch stehe zu den Abmachungen zwischen **Hitler** und **Hugenberg**.

Der Sturm der Entrüstung in der Nazi-Presse aber steigerte sich ins Extreme, als im Anschluß daran gemeldet wurde, daß eine Einigung zwischen den beiden Kontrahenten bisher (4. August) nicht erzielt worden sei, da **Hitler**, der die Vorgänge um den **Straßer-Konflikt** nicht ganz ohne Sorge beurteilt und nach außen hin um jeden Preis „Linie zu halten" bestrebt ist, es noch ablehnt, seinen langjährigen Freund und Mitarbeiter auszuschiffen, **um nicht den Eindruck zu erwecken, als ob das alte und bewährte Programm der NSDAP. aufgegeben worden sei!**

Inzwischen sind in einigen Bezirken die Kandidatenlisten der Nationalsozialisten veröffentlicht worden; unter anderem auch die Liste für den **Wahlkreis Chemnitz-Zwickau**. Aus ihr ergibt sich, daß **Feder** die Führung, die er dort seit den ersten Nazi-Wahlen im Mai 1924 inne hatte, an **Gregor Straßer**, den hitlertreuen Bruder des Sezessionisten, hat abtreten müssen! **Straßer** kandidiert noch in anderen Wahlkreisen, um in **Chemnitz-Zwickau** — à tout prix — dem nächstfolgenden Anwärter zu einem Mandat zu verhelfen; dieser zweite Kandidat ist der aus der Veröffentlichung des Herrn von Mücke und aus Verhandlungen vor den Arbeitsgerichten sattsam bekannte **Spitzenfabrikant Mutschmann** aus **Plauen!** — Und erst **an vierter Stelle** darf Herr **Feder** rangieren; soweit hat er dem Druck **Hugenbergs** und des **industriellen** Klüngels der national-„sozialistischen Arbeiter"-Partei weichen müssen.

Diese vierte Stelle aber ist mehr oder minder **aussichtslos:** bei den letzten Landtagswahlen im Sommer 1930 erhielten die Nationalsozialisten in Chemnitz Zwickau 192 000 Stimmen, das sind für die Reichstagswahl drei Sitze. Sie müßten ihren Besitzstand um über 25 Prozent erhöhen, um Herrn Feder auf die Beine zu helfen; damit aber rechnen selbst die Nazis nicht; im Gegenteil, sie erwarten, daß gerade in dem **proletarischen Bezirk Chemnitz-Zwickau** bereits die **Uebersättigung** eingetreten ist und ein Rückschlag erfolgen wird. —

Wie uns hierzu berichtet wird, soll Herr Feder jedoch eine formale Chance auf der Reichsliste der Nationalsozialisten erhalten; bei dieser Liste hat Hitler sich vorbehalten, auch während der Wahlperiode einen Abgeordneten zurückzuziehen, ein Verfahren, das schon aus taktischen Gründen und im Hinblick auf die Wählerschaft bei einer unmittelbaren Wahl im Wahlkreis nicht ganz so einfach zu handhaben ist. Herr **Feder hat sich mit dieser Lösung einverstanden erklärt.** —

Damit aber ist er endgültig auf den Aussterbeetat gesetzt. Doch nicht die Frage interessiert uns, ob der kommende Reichstag die Ehre haben wird, Herrn Feder wiederzusehen; wichtig und lehrreich sind die besonderen Umstände, die zu seiner Abhalfterung geführt haben und — zwangsläufig haben führen müssen:

Es findet darin krassester Ausdruck der **radikale Kurswechsel der Hitlerianer von der scheinsozialistischen Phrase** (mehr war es nie!) **zur unverhüllten antisozialistischen, antiproletarisch-faschistischen Linie!** APK.

Sturm auf Opelwerke vor Gericht

Vor dem erweiterten Schöffengericht in Darmstadt begann ein Prozeß gegen 11 Personen, die an dem **Sturm auf die Opelwerke** im Februar dieses Jahres beteiligt waren.

Die Entlassung von drei kommunistischen Betriebsratsmitgliedern, die ihr Amt in grober Weise mißbraucht hatten, wollten die Kommunisten seinerzeit mit einer „großzügigen Aktion" gegen die Leitung der Opelwerke beantworten. Aus den Städten der Umgebung rückten in den frühen Morgenstunden „kommunistische Vorkämpfer" nach Rüsselsheim und drangen gewaltsam in die Fabrik ein. Mit Gewalt und unter Drohungen wurde vorübergehend die Niederlegung der Arbeit erzwungen, die Maschinen wurden abgestellt und einige Treibriemen zerschnitten. Als zwei Hundertschaften der Darmstädter Schutzpolizei eintrafen, rissen die Rädelsführer aus.

Angeklagt sind die drei entlassenen Betriebsräte und der kommunistische Abgeordnete des hessischen Landtags, Sumpf, die als Rädelsführer bezeichnet werden, sowie sechs weitere Personen wegen aktiver Teilnahme, außerdem der preußische Landtagsabgeordnete Oskar Müller, der nicht gemeinsam mit den anderen eingedrungen war, sondern vorsichtig einen kleinen Umweg gemacht und eine Mauer überklettert hatte. Er ist deshalb nur wegen Hausfriedensbruchs angeklagt und außerdem wegen Aufforderung zur Begehung strafbarer Handlungen nach § 111 des Strafgesetzbuchs. Der Frankfurter Rechtsanwalt Josef Frank führt die Verteidigung.

Die **Arbeiterschaft** hat ihr **Urteil** über den Putsch bereits gefällt. Bei den diesjährigen Betriebsratswahlen erhielten die Kommunisten 1479 Stimmen gegen 3273 im Vorjahre, während die freigewerkschaftliche Liste trotz einer Verminderung der Belegschaft um 1000 Mann von 4392 auf 4811 gestiegen ist.

Sklavendasein in Rußland

Was ein Kommunistenführer berichtet

Der nach dem 9. Juni-Putsch nach Paris geflüchtete bisherige Führer der bulgarischen Kommunisten, Lübon Kostoff, der bald in der französischen kommunistischen Partei eine bedeutende Rolle spielte und mehrfach als Delegierter nach Moskau entsandt wurde, hat dem Bolschewismus enttäuscht den Rücken gekehrt und ist nach Bulgarien zurückgekehrt.

In der „Sora" schildert Kostoff jetzt seine in Rußland gewonnenen Eindrücke, die ein trostloses Bild über die Zustände im bolschewistischen „Arbeiterparadies" vermitteln. „Ich war grenzenlos enttäuscht und niedergeschlagen", schreibt Kostoff wörtlich, „als ich nach längerem Aufenthalt in Rußland hinter die Kulissen und die grausame Wirklichkeit zu sehen vermochte. Die Lage der Arbeiterklasse und der Bauernmassen ist furchtbar. Die Arbeiter verdienen durchschnittlich 40 bis 60 Rubel monatlich, während ein Paar gewöhnlicher Schuhe 20 bis 25 Rubel kosten. Noch schlimmer steht es mit der übrigen Kleidung. Ich hatte erwartet, daß die Arbeiterklasse Herrin des Landes sei, fand aber, daß die Macht in den Händen nur weniger Leute liegt, die mit der heute so wie früher rechtlosen Arbeiterschaft machen, was sie wollen. Gnade Gott dem, der es wagen würde, irgend eine offene Kritik zu üben. In sozialer und kultureller Hinsicht ist die Lage des größten Teils der Arbeiterschaft kaum zu beschreiben. Sie lebt unter den elendesten Bedingungen, schlecht gekleidet und unterernährt. Die für das Proletariat geschaffenen kulturellen Vergünstigungen stehen faktisch nur auf dem Papier. „Der russische Bauer", so fährt Kostoff fort, „lebt von heute auf morgen, nirgends ist ein Streben nach vorwärts festzustellen. Der Bauer ist apathisch geworden und baut meistens nur so viel an, um die Hungermäuler seiner Familie zu befriedigen. Er läuft dann mindestens keine Gefahr, zu den Kulaken gerechnet zu werden, was ihn teuer zu stehen käme".

Ueber die Lage der Opposition erklärt Kostoff, daß die von den Stalinisten ergriffenen Maßnahmen immer brutaler und unmenschlicher würden. Dies mache auch die schmähliche Unterwerfung einer Reihe oppositioneller Führer unter die herrschende Richtung zu einem großen Teil verständlich. Nach jüngeren Feststellungen seien über 5000 ehemaliger kommunistischer Funktionäre nach Sibirien verbannt worden, ganz abgesehen von der Legion verbannter Sozialisten. Eine der wesentlichsten Forderungen der Opposition sei die der geheimen Stimmabgabe gewesen, der sich jedoch Stalin energisch widersetzt hätte. Heute sei überall offene Stimmabgabe und wehe dem, der die Kühnheit besitze, Kritik zu üben und den offiziellen Wahlvorschlag abzulehnen.

Zur Wirtschaftskrise

Wieder starkes Ansteigen der Wohlfahrtserwerbslosen in kleinen Städten

Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen des monatlichen Schnelldienstes des Reichsstädtebundes ist die Zahl der am 31. Juli 1930 unterstützten **Wohlfahrtserwerbslosen** wieder um durchschnittlich 10 Prozent gestiegen.

In 1134 Städten bis zu 25 000 Einwohnern wurden am 31. Juli rund 58 500 Parteien laufend unterstützt, d. h. 8,7 auf 1000 Einwohner. Ferner wurden 3729 Fürsorgearbeiter (0,6 auf 1000 Einwohner) beschäftigt. Trotz des Sommers ist kein Rückgang eingetreten, mit dem Ende der Ernte und dem Aufhören der Bautätigkeit ist für die nächsten Monate mit weiterem Ansteigen zu rechnen.

Bekleidungsarbeiterstreik in Neuyork

Neuyork, 26. Aug. (Eig. Drabt.) Am Dienstag traten 8200 organisierte Bekleidungsarbeiter in den Streik. Die Streikenden, die zwei verschiedenen Organisationen angehören, fordern kürzere Arbeitszeit, Lohnerhöhungen, verbesserte Arbeitsbedingungen und ein Schiedsgericht im Falle von Arbeitskonflikten. Die Streikbewegung, die durch die Ankündigung einer zwanzigprozentigen Lohnherabsetzung und einer Verlängerung der Arbeitszeit provoziert wurde, findet die Unterstützung des Neuyorker Schneiderarbeiterverbandes.

Zum Regierungswechsel in Polen

Marschall Pilsudski,

der ehemalige Staatspräsident Polens, ist von Staatspräsident Moszicki mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt worden.

Stegerwald gegen Stegerwald

Eiliger Rückzug vor den Metallindustriellen

Der **Reichsarbeitsminister** ließ unter dem 1. August weit breit mitteilen, daß es auf Grund gewisser Vorkommnisse der letzten Zeit nicht angängig sei, **öffentliche Aufträge** an solche Firmen zu vergeben, die in den **Beziehungen** zu ihren **Arbeitnehmern** ein offenbar **unsoziales** Verhalten an den Tag legen oder durch ungerechtfertigte Entlassungen, ungerechtfertigte Ueberstunden oder Massenentlassungen, die nicht in der wirtschaftlichen Lage des einzelnen Betriebs begründet sind, den Zwecken zuwiderhandeln, die die Reichsregierung mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm verfolgt. Diese **Anweisung an die Beschaffungsressorts** ging offensichtlich im Hinblick auf den Berliner Metallkonflikt. In der Presse aller Richtungen hat sie auch so gedeutet, ohne daß Herr Stegerwald sich gegen diese Deutungen vorerst auch nur mit einem Wort gewehrt hätte.

Inzwischen aber ist er unter dem **Druck der Metallindustrie** gezwungen worden, dem offensichtlichen Zweck seiner Erklärung **widerrufen** und den Beschaffungsressorts mitzuteilen, daß das Reichsarbeitsministerium aus der Vergebung von Aufträgen an Firmen der Berliner Metallindustrie nichts im Wege stehe. Der **Stegerwald von gestern mußte den Stegerwald vom 1. August kniefällig widerrufen,** weil es die Berliner Metallindustrie so wollte. Dieser Rückzug wird in aller Großspurigkeit auch noch auf amtlichem Wege aller Welt mitgeteilt. Wahrscheinlich haben sie das die Berliner Metallindustriellen verlangt und wie Herr Stegerwald nun einmal ist, hat er geruht, zu parieren.

Der Streit um Danzig

Der Haager Internationale Gerichtshof entschied am Dienstagnachmittag in der Frage ob die Hansastadt Danzig Mitglied des **Internationalen Arbeitsamts** werden kann, oder sich wie bisher durch Polen auf den internationalen Arbeitskonferenzen vertreten lassen müsse, daß das Statut der freien Stadt Danzig die Mitgliedschaft beim Internationalen Arbeitsamt nicht zulasse. Damit auch die während der Verhandlungen aufgeworfene Frage ob Danzig **als selbständiger Staat** zu betrachten sei in **entgegengesetztem** Sinne entschieden und der bisherige Zustand erhalten worden.

Der internationale Genossenschaftskongreß

Wien, 26. Aug. (Eig. Drabt.) In der Dienstagssitzung des Internationalen Genossenschaftskongresses wurde ein Antrag Thorneycroft, der eine **verstärkte Werbetätigkeit** des Verbandes verlangt, angenommen. Eine längere Debatte entspann sich auch über den englischen Antrag, der eine Statutenänderung dahin verlangt, daß das **Beitragsmaximum** von einem Fünftel der Gesamtleistung herabgesetzt wird. Der Antrag wurde abgelehnt.

Die Revolution in Peru verschärft

Lima, 26. Aug. (Eig. Drabt.) Der Chef des peruanischen Militärdirektoriums, General Ponco, sah sich am Dienstag veranlaßt, unter dem Druck von Massendemonstrationen die **Strafverfügung des geflüchteten Präsidenten Leguia** und der ehemaligen Minister der seiner Regierung anzuordnen. Der Kreuzer, auf dem sich der Expräsident nach Panama begeben hat, wurde aufgefordert, den Hafen von Callao zurückzukehren und weitere Anordnungen hinsichtlich des Schicksals des Expräsidenten abzuwarten.

Veranlaßt durch die in der Nacht vom Montag zum Dienstag erfolgten Straßenkämpfe verhängte das Militärdirektorium am Dienstag über Lima den **Belagerungszustand.** Regierungstruppen patrouillieren den ganzen Tag über durch die Straßen. Die Situation ist außerordentlich ernst und gespannt. Sie ist am Dienstag infolge Differenzen zwischen dem Militärdirektorium und den aufständischen Truppen im Süden des Landes sichtbar verschärft worden. Der Führer der Aufständischen hat es zunächst abgelehnt, der an ihn ergangenen Aufforderung zu entsprechen, in das Militärdirektorium als Kriegsminister einzutreten. In seiner Absage bezeichnete er das Direktorium als Geschäftsführer des geflohenen Expräsidenten. Außerdem hat der Aufstandsführer den Kommandanten des Kreuzers, auf dem sich der Expräsident zurzeit befindet, funkentelegraphisch angewiesen, nach den im Besitze der Aufständischen befindlichen Hafen Mellendo zurückzukehren und Leguia an die Aufständischen auszuliefern. Trotzdem habe der Kommandant des Schiffes nur den Anweisungen der südlichen Militärregierung zu entsprechen.

Präsident Leguia ausgeliefert

Neuyork, 26. Aug. Wie die Associated Preß aus Lima meldet, haben die Offiziere des zurückgerufenen Kreuzers den ehemaligen Staatspräsidenten Leguia heute nachmittag an die Militärjunta ausgeliefert, nachdem ihnen angedroht worden war, sie vor ein Kriegsgericht zu stellen, wenn der Kreuzer nicht binnen 24 Stunden in den Hafen Callao eingelaufen sein würde.

Freistaat Baden

Propagandawagen und Umzüge während der Wahlzeit

Der Minister des Innern hat die Bezirksämter angewiesen, in Fällen, wo die Gefahr von Zusammenstößen politisch gegensätzlich eingestellter Bevölkerungskreise besteht, die Benützung sogenannter Propagandawagen oder den Besuch solch auswärtige Propagandawagen zu verbieten. Das Gleiche gilt hinsichtlich der Veranstaltung von geschlossenen Umzügen, wenn es, daß diese für sich oder im Zusammenhang mit Wahlkundgebungen veranstaltet werden.

Der Kriegskamerad Dr. Frick

In einer Naziversammlung zu Achern, in der der Naziabgeordnete Lenz referierte, ist der berühmte „Parteilose" aufgetreten, um der Versammlung zu erzählen, er sei Frontsoldat und ein Kriegskamerad von Frick. Minister Frick war bekanntlich nicht am Kriege teilnehmer; er war während des Krieges Amtmann in Pirmasens. Der „Parteilose" aber erzählt in der Naziversammlung, er selbst habe Frick, als er im Kugelregen verwundet worden sei, verbunden und gebettet.

Nun sage noch einmal einer, so ein bestellter „Unparteiischer" habe ganzer Kerl. Er hat den Kugelregen überstanden, die Inflation auch und nun rüstet er sich zum Marsch ins dritte Reich, um als Schwindler an die Futterkrippe heranrückt.

Die feudale Villa in der Schweiz

Unserem Genossen Otto Braun wird, wie wir dem Vorwärts entnehmen, nachgesagt, er sei Rittergutsbesitzer geworden. 2000 Morgen sei dieses Gut groß. Dieser schreibt der Parteipresse, es wäre ihn nur, daß er das Geld für ein solches Gut nicht habe, würde dann den Agrariern einmal zeigen, wie man es rentabel bewirtschaften könne. Schließlich hofft er nicht darau, daß man ihm zu seinem 80. Geburtstag eines schenke, wie man es mit dem Herrn Reichspräsidenten gehalten haben, und so lebe er als Rittergutsbesitzer nur in der lügnerischen Phantasie der politischen Gegner. Das Vorwärts fügt dieser Meldung hinzu, schon Bebel und Vollmar seien ähnliche Schlösser im Monde gehabt.

Die badischen Nazis haben bekanntlich gegen unseren Genossen Remmele die Lüge in Umlauf gesetzt, er sei Besitzer einer feudalen Villa in der Schweiz, er soll ein großes Vermögen haben. Auf den Bittgesuchen, die seitdem Remmele vielfach erhält, hat er vor Tage eines folgendermaßen beantwortet:

„Sie haben sich von Ihrer Zeitung nach Strich und Faden anführen lassen. Vielleicht ist auch die Redaktion Ihres Blattes gar nicht imstande, zu begreifen, daß sie selbst das Opfer eines Schwindlers geworden ist. Solche Redakteure gibt es nämlich. Ich empfehle Ihnen, Ihr Darlehensgesuch an den Redakteur Ihres Blattes zu richten, denn mit der Verbreitung von solchen Schwindelmeldungen kann viel Geld verdient werden. Ich selbst habe es wirklich zu den Millionen noch nicht gebracht, die man mir andichtet."

Was mag wohl der Gesuchsteller auf diese Antwort für ein Gesicht gemacht haben?

Katholischer Zugverkehr ins Jenseits

Die Himmel- und die Höllenfahrt

Im Katholischen Gemeindeblatt für Heidelberg wird ein Reiseführer für Katholiken veröffentlicht, für die Fahrt in den Himmel und für die Fahrt in die Hölle. Nach diesem Reiseführer gestaltet sich die Zugverbindung nach dem Jenseits u. a. wie folgt:

Reiseführer

Allgemein gültiger Fahrplan für beide Richtungen

Richtung Himmelreich:

Abfahrt der Züge: zu jeder Stunde.
Ankunft: weiß Gott allein.
Fahrpreise: 1. Klasse: Unschuld und Opfer, 2. Klasse: Buße und Gottvertrauen, 3. Klasse: Reue und Geduld.

Anmerkung:

1. Rückreisekarten gibt es nicht.
2. Luxuszüge verkehren auf dieser Linie nicht.
3. Kinder unter 7 Jahren haben freie Fahrt, wenn sie in Begleitung ihrer Mutter, der katholischen Kirche, reisen.
4. Die Vertreter und Angestellten dieser Züge genießen keine Fahrpreisermäßigung, erhalten aber für treue Pflichterfüllung entsprechende Aufbesserung.
5. Es ist nicht erlaubt, Reisegepäck mitzuführen, wohl aber gute Werke in großer Anzahl, da Sparsamkeit in diesem Punkte unliebsamen Aufenthalt verursacht, der fahrlässigen Reisenden teuer zu stehen kommt.
6. Auf allen Stationen werden Reisende zugelassen, gleichviel welcher Herkunft sie sein mögen, jedoch wird der mit einem römischen Kreuz abgestempelte Reisepaß — der auf dieser Linie unentbehrlich ist — genau geprüft.
7. Die Fahrscheinausgabe (Beichtstuhl) ist jederzeit geöffnet. Wenn die Fahrkarte abhanden kam, soll unverzüglich eine neue ausstellen lassen und kann sie am vorerwähnten Hauptschalter zu den bekannten Bedingungen erhalten.

Richtung Feuerzone:

Abfahrt der Züge: Ganz nach Wunsch (z. B. Lebensüberdruß).
Ankunft: Unbekannt; wenn man am wenigsten daran denkt.
Fahrpreise: 1. Klasse: Gottlosigkeit, 2. Klasse: Genußsucht und Ausschweifung, 3. Klasse: Gleichgültigkeit in religiösen Dingen und Moral.

Anmerkung:

1. Die Fahrkarte wird für Lug und Trug, sowie Laster aller Art gleich überreicht.
2. Auf dieser Strecke verkehren nur Luxuszüge moderner Art.
3. Kinder unter 6 Jahren sind auf dieser Linie nicht anzutreffen.

Mannheim. Die **Eingemeindungsverhandlungen** zwischen Mannheim einerseits und den Gemeinden **Seckenheim** und **Friedrichsfeld** andererseits stehen zur Zeit recht günstig. Die zuständigen Körperschaften von Mannheim und Seckenheim werden bereits in der nächsten Zeit abschließende Beschlüsse zu fassen haben, so daß man in informierten Kreisen mit der Eingemeindung dieser großen Gemeinde für den 1. Oktober rechnen zu können glaubt. Auch die Verhandlungen mit **Friedrichsfeld** sollen, wie versichert wird, durchaus im Rahmen der Erwartungen laufen und einen baldigen positiven Abschluß als sicher erscheinen lassen.

Partei-Nachrichten

Knielingen. Donnerstag, 28. August, abends 8 Uhr, spricht die Genossin Mina Härdle-Köln zu den Knielinger Wählerinnen und Wählern. Die Einwohnerschaft von Knielingen wird hierzu in den Rathaussaal in Knielingen eingeladen. Da die Genossin Härdle ihre Jugendjahre in Knielingen verlebt hat, ist sie den Knielingern bekannt. Sie wird besonders den Frauen recht viel zu sagen haben.

Wirths Wahlrechtsreform

und seine Wirkung für Baden und Württemberg

Ueber die praktische Seite der Wahlrechtsreform des Herrn Dr. Wirth äußert sich in interessanter Weise das in Tauberbischofsheim erscheinende Zentrumsorgan Tauber- und Frankenbote". Wir geben die Darstellungen des genannten Zentrumsblattes hier wieder:

Wie wird nach der **Reformvorlage** das **Wahlergebnis** errechnet?

Zunächst stellen die einzelnen Wahlkreise das Ergebnis der Wahl zusammen. In den sechs geplanten Reichstagswahlkreisen hätte der **Ausfall der Landtagswahlen** im Oktober 1929 folgendes Bild ergeben:

	Zentrum	Soz.	D.Volksp.	Nat.-Soz.	Dem.	Komm.
1. Wahlkreis **Konstanz**	69 791	19 059	5 698	2 373	14 985	4 730
2. „ **Freiburg**	63 674	25 554	11 342	4 329	8 111	5 424
3. „ **Offenburg**	72 687	21 682	8 781	10 736	10 159	5 202
4. „ **Karlsruhe**	29 471	49 261	18 118	15 019	9 593	10 296
5. „ **Mannheim**	44 523	46 208	18 235	11 441	9 153	21 041
6. „ **Heidelberg**	61 608	25 323	12 166	21 223	10 343	8 450
zusammen	**341 754**	**187 087**	**74 340**	**65 121**	**62 344**	**55 143**

Auf je **70 000 Stimmen** erhält die Partei einen Sitz. Die Berechnung der Verteilung der Sitze ist ähnlich wie bei den Kommunalwahlen in Baden.

Dem Zentrum wären ohne weiteres 4 Sitze (4 × 70 000 Stimmen = 280 000; Reststimmen: 61 764) und der **Sozialdemokratie 2 Sitze** (2 × 70 000 Stimmen = 140 000; Reststimmen: 47 087) zugefallen.

Der **Deutschen Volkspartei** wäre 1 Sitz zugesprochen worden (1 × 70 000 Stimmen = 70 000; Reststimmen: 4340).

Die übrigen Parteien hätten im Wahlkreisverband Baden aus eigener Kraft keinen Kandidaten durchgebracht.

Die vorhandenen **Reststimmen** einer Partei in **Baden** werden mit den Reststimmen der gleichen Partei in Württemberg zusammengezählt. Ergeben sich dabei zusammen wiederum 70 000 Stimmen, so bekommt die Partei einen weiteren Sitz; dieser wird **dem Wahlkreise** in den beiden Ländern zugeteilt, der die meisten Stimmen erhalten hat.

Auf die Sprache der Zahlen übertragen, sieht das Bild folgendermaßen aus:

1. Das Ergebnis der Wahl im Wahlkreisverband Baden bei der Landtagswahl 1929

	Stimmen	Sitze	Reststimmen
Zentrum	341 754	4	61 754
Sozialdemokratie	187 087	4	47 087
D. Volkspartei	74 340	1	4 340
Demokraten	62 344	0	62 344
Nat.-Sozialisten	65 121	0	65 121
Kommunisten	55 143	0	55 116

2. Das Ergebnis der Wahl im Wahlkreisverband Württemberg bei der Reichstagswahl 1930

	Stimmen	Sitze	Reststimmen
Zentrum	235 161	3	25 161
Sozialdemokratie	272 017	3	62 017
D. Volkspartei	63 583	0	63 583
Demokraten	109 987	1	39 987
Nat.-Sozialisten	21 739	0	21 739
Kommunisten	83 121	1	13 121

Die **Reststimmen,** welche die einzelnen Parteien in den **beiden Wahlkreisverbänden** Baden und Württemberg aufzuweisen haben, werden dann für die **Ländergruppe Südwestdeutschland zusammengezählt;** dabei ergeben sich für die einzelnen Parteien:

	Stimmen	Sitze	Uebrig gebl. Stimmen
Zentrum	86 915	1	16 915
Sozialdem.	109 104	1	39 104
D. Volksp.	67 923	0	67 923
Demokraten	102 331	1	32 331
Nat.-Soz.	86 860	1	16 860
Kommunisten	83 120	1	13 120
			186 253

Was geschieht nun mit den in der Ländergruppe Südwestdeutschland übrig gebliebenen Stimmen? Die bleiben, soweit aus den bisherigen Mitteilungen erkenntlich ist, unberücksichtigt, da es keine **Reichsliste** mehr geben soll!

Das neue Wahlrecht wird die Zusammenschlußbestrebungen politischer Kräfte begünstigen. Ein Zusammengehen der Demokraten und Liberalen z. B. hätte diesen beiden Parteien bei den Wahlen in Württemberg und Baden ein weiteres Mandat eingebracht.

Insgesamt hätten nach dem neuen Wahlrecht in **Baden** und **Württemberg** bekommen:

das Zentrum	8 Sitze
die Sozialdemokratie	6 Sitze
die Liberalen und Demokraten bei einem Zusammengehen insgesamt	4 Sitze
die Kommunisten	2 Sitze
die Nationalsozialisten	1 Sitz.

Die Rechte würde in den beiden Ländern nach dem neuen Wahlrecht drei bis vier Sitze aufbringen

*

Wir behalten uns vor, noch eingehend den Wahlrechtsvorschlag des Reichsinnenministers Dr. Wirth einer kritischen Betrachtung und Beurteilung zu unterziehen, besonders auch, soweit die Wahlrechtsreform Baden betrifft. Für heute sei nur bemerkt, daß wir eine Wahlkreisbildung von Ueberlingen bis Säckingen (1. Wahlkreis), ferner Mannheim—Bruchsal für einfach unmöglich finden. Wer mag für das Land Baden diese Wahlkreiseinteilung fabriziert haben?

Aus aller Welt

70 Opfer des Lübecker Kindersterbens

Lübeck, 26. Aug. Durch zwei neue Todesfälle hat sich die Zahl der Todesopfer der mit dem Calmette-Schutzpräparat gefütterten Lübecker Säuglinge auf 70 erhöht. Krank sind noch 50 Kinder.

Eine halbe Million Kronen für die Veröffentlichung von Andrées Tagebuch

Obwohl noch nicht bekannt ist, ob das Tagebuch Andrées so gut aufgetaut und erhalten werden kann, daß man die Schrift zu entziffern vermag, und obwohl man noch nicht weiß, ob die Aufzeichnungen bis zum Untergang der Expedition fortgesetzt worden sind, ist, wie der Berliner Börsenzeitung aus Stockholm gemeldet wird, von einem ausländischen Pressekonzern bereits eine halbe Million Kronen für die Veröffentlichung des Tagesbuches geboten worden.

Unglück bei Leuchtturm-Reparatur

Memel, 27. Aug. Bei Instandsetzungsarbeiten an einem Leuchtturm im Kurischen Haff wurde ein Monteur in einem Boot abgetrieben. Ein Segelboot, in dem ihm Kollegen Hilfe bringen wollten, schlug um. Drei Mann ertranken, die drei anderen wurden gerettet.

Die Hochzeit des Reichswehrministers

Das Brautpaar nach der Trauung

Der Reichswehrminister Groener hat sich mit Frau Glück geb. Naeher aus Dresden vermählt. Die Hochzeitsfeier fand im kleinsten Kreise statt.

Gegen üblen Mundgeruch, nach längerer Mundruhe und nach dem Rauchen benutze man zum Desodorieren und Aromatisieren des Atems eine Spülung mit dem herrlich erfrischenden Chlorodont-Mundwasser. Flasche 1.— Mk.

Das große Los gezogen

Wie der Lokalanzeiger meldet, fiel das Große Los der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie auf Nr. 374 216.

Höllenmaschine bei Lyon

In St. Jeoire bei Lyon fand am Dienstag der Personalchef eines großen **Industriebetriebes** beim Holen einer Flasche Wein eine Höllenmaschine im Keller seines Hauses. Er entfernte den unheimlichen Fund aus dem Keller und verständigte die Gendarmerie. Eine Prüfung ergab, daß der Inhalt an Sprengstoff genügt hätte, das Haus des Personalchefs vollständig zu zerstören. Man nimmt an, daß die Höllenmaschine von einem gemaßregelten Arbeiter in den Keller geschafft wurde.

Unterschlagungen beim hessischen Odenwaldklub

Darmstadt, 25. Aug. Der 45 Jahre alte Verwaltungsoberinspektor Georg Schoett ist wegen Unterschlagungen zum Nachteil des hessischen Odenwaldklubs, die er als Kassierer im Laufe der letzten Jahre ausgeführt haben soll, in Untersuchungshaft genommen worden. Bis jetzt sind etwa 10 000 RM. Fehlbeträge festgestellt. Auch soll Sch. als verantwortlicher Kontrollbeamter der Stadt sich unberechtigte finanzielle Vorteile bei seiner Gehaltsberechnung verschafft haben.

Eisenbahnunglück

Paris, 26. Aug. In der Nähe von Pau stießen gestern ein Personenzug und ein Güterzug zusammen. 31 Reisende wurden verletzt.

Die Ueberführung der westdeutschen Münzfälscher

Frankfurt a. M., 26. Aug. Die Erhebungen der **Falschgeldstelle** des hiesigen Polizeipräsidiums in der Angelegenheit der Herstellung falscher Fünfmarkstücke sind zu einem gewissen Abschluß gelangt. Als Beteiligte in dieser großen Fälschungssache kommen in Frage: Adolf Engelhardt, Maschientechniker, Höchst a. M., Jokab Bender, Graveur, Ried a. M., und Karl Boese, früher Gastwirt, Höchst a. M. Diese drei kauften eine Spindelpresse im Gewicht von 50 Zentnern angeblich zur Herstellung von Vereinsabzeichen. Sie wurde nach **Höchst a. M.** in eine alte Spinnerei, dann nach der leerestehenden ehemaligen Faßfabrik von Ried in Hattersheim geschafft. An beiden Orten wurden falsche Fünfmarkstücke hergestellt. Es ist festgestellt, daß die drei Fälscher bis zu ihrer Ergreifung 10 000 entsprechend hergestellte Münzplättchen bezogen haben. Während sich Bender und Boese zur Zeit noch in Stuttgart in Haft befinden, wurde Engelhardt gestern dem hiesigen Gericht vorgeführt. Seine eingehende Vernehmung besagt, daß die Falschstücke in der Hauptsache durch die drei Genannten selbst und vorwiegend in den Städten **Frankfurt a. M., Mainz, Wiesbaden, Worms und Umgebung** in Verkehr gebracht worden sind. Nach der Angabe des Engelhardt sollen ungefähr 1200 falsche Fünfmarkstücke ausgegeben worden sein, doch wird die Zahl amtlich für bedeutend höher gehalten.

Erpressung mit Sprengbombe

Hamburg, 26. Aug. Auf dem in Großensee gelegenen Besitztum des Hamburger Kaufmanns Karl Schliemann wurde im Schlafzimmer eine Sprengbombe gefunden, deren Zündschnur aber erloschen war. Auch außerhalb des Hauses waren mehrere Sprengkörper gelegt. Frau Schliemann ist auf einen solchen getreten, der explodierte und ihr die Hand zerriß. Der Anschlag wird als Racheakt eines Unbekannten angesehen, der von Schliemann 25 000 ℳ erpressen wollte.

Disziplinarverfahren gegen Nationalsozialisten

Berlin, 26. Aug. (Eig. Drahtb.) Amtlich wird mitgeteilt: Der Regierungsinspektor Hasse in Stade, der trotz des Verbots des Staatsministeriums sich für die Nationalsozialistische Partei betätigt hatte, ist vom Disziplinargericht in Stade mit Dienstentlassung bestraft worden. Hasse kandidiert an zweiter Stelle für die Nationalsozialisten im Wahlkreis Hannover-Ost.

AUS DEM WAHLKAMPF

Gestaltet den 14. September zum sozialistischen Siegestag

S. P. **Weingarten** b. Durlach. Samstag abend fand im Gasthaus zum Lamm eine **öffentliche Wählerversammlung** statt, bei der Rechtsanwalt Gen. Weiler das Referat hatte. In sachlicher, vorzüglicher Weise zeichnete der Redner die Ziele der einzelnen Parteien und wies nach, was alles für die schaffenden Stände, besonders für die Arbeiterklasse von dem Ausfall der Wahlen am 14. September auf dem Spiele steht. Reicher Beifall lohnte die treffenden Ausführungen. In der anschließenden freien Diskussion wurden von einigen Genossen etliche Fragen an den Referenten gestellt, die von ihm beantwortet wurden. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Mit der Mahnung an die Anwesenden, bis zum Wahltag und in diesem selbst ihre Pflicht zu erfüllen, schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung. Im Anschluß an die Versammlung bot der Arbeitergesangverein Vorwärts noch einige prächtige Chöre vor, denen wie immer, allgemeine Anerkennung gezollt wurde.

Am Sonntag vormittag halb 11 Uhr gab der Arbeiter-Radiobund Karlsruhe ein öffentliches Konzert mit Ansprache auf dem Marktplatz, das auch allgemein Anerkennung fand. Der Sonntag hätte besser sein dürfen. Schuld daran war das Wetter. Hoffen wir, daß bei einer Wiederholung des Konzertes, der Besuch besser werden wird.

Karlsruhe. Der Sonntag stand hier im Zeichen der Wahlbewegung. Montags sprach in gutbesuchter Versammlung Gen. Landtagsabg. Rückert, abends der Kommunist Levi aus Rastatt. Der Herr Landtagsabgeordneter rief die Frauen und Jungfrauen in die Bernhardushalle und ließ sie durch die Abg. Frau Siebert über die Wohltaten der Notverordnungen der Regierung Brüning unterrichten. — Das deutsche Volk habe diesmal, so meinte Gen. Rückert, kurz zusammengefaßt, sich darüber zu entscheiden, ob im künftigen Reichstag wieder Großgrundbesitz und Großkapital seine Herrschaft aufrichtet und verbreitert oder das arbeitende und darbende Volk seinen Einzug im Parlament zur Geltung und Erweiterung zu bringen vermag. Ob das deutsche Volk nach der Diktatur von rechts oder nach der zur Zeit geltenden Verfassung regiert werden soll. Der Redner erörterte die Gründe, die zur Reichstagsauflösung geführt haben, kritisierte die sog. Notverordnungen und die ungerechtfertigten Agrarzollmittelzölle. Er erinnerte an den Schiedsspruch, den der Arbeitsminister Stegerwald für verbindlich erklärte, demzufolge 1000 westfälische Arbeiter eine Lohnsenkung von 7½ Prozent hinnehmen haben. Brausender Beifall dankte dem Redner für seine Ausführungen. In der Diskussion meldete sich u. A. ein Anhänger der Zentrumspartei, der den Mut aufbrachte, die Steuer und die Krankenkassenverschlechterungen zu verteidigen. Genosse Rückert bedauerte, daß es noch solche Arbeiter gebe, die, verdummt und gebrochen, keinerlei Kraft und Mut zur Abwehr sich aufbrächten und so den richtigen Arbeitertyp für den Unternehmer in sich vereinigen, so gebe es leider noch Abertausende, die den kämpfenden Arbeiter ihre Arbeit erschweren und dem Unternehmer nur Freude bereiten. Bei dieser Gelegenheit nagelte der Betriebsrat der Daimler-Benzwerke, Gen. Sänger die Doppelzüngigkeit der christlichen Gewerkschaften fest, die ihn in der ganzen Presse als den alleinschuldigen für den s. Zt. Lohnabzug verantwortlich machten, obschon ein hiesiger Vertreter den Abzug seinen Mitarbeitern empfahl, da sonst zu befürchten wäre, das schöne Werk total infolge Befürchtung von Betriebsstillegung verlassen zu müssen.

Hundsbach. In unserem herrlichen Schwarzwalddörflein wurde der Wahlkampf am Sonntag abend mit einer **gut besuchten** Versammlung der Sozialdemokratischen Partei eröffnet. Für die angesagte, aber plötzlich verhinderte Referentin, Frau Landtagsabgeordnete Fischer, übernahm Gen. **Friedmann-Oberweier** das Referat über das Thema „Geldsackdiktatur oder gerechte Lastenverteilung". Der Redner streifte eingangs die Politik des Kabinetts Brüning und die Ursachen, die zu dessen Sturze führten. Scharf geißelte er das Vorgehen des jetzigen Bürgerblockkabinetts unter Führung des Zentrumskanzlers Brüning, besonders in steuerlicher Hinsicht, wobei es sich des § 48 bediente, um Maßnahmen, die ihm im Sinne der Reichstagsmehrheit lagen, durchzuführen. Die Auswirkungen der ganzen Notverordnungen zeigte der Redner an Hand gewissenhaften Materials in ihrer ganzen gegen das werktätige Volk gerichteten Brutalität. Das ganze Sammelsurium der Interessentenbaufen im Reichstage ließ der Redner Revue passieren, wobei den einzelnen Parteien nichts geschenkt wurde. Das Referat wurde sehr beifällig, auch von den vielen anwesenden Zentrumsleuten, aufgenommen. Auf die sachliche Diskussion gab Gen. Friedmann nochmals Antwort, wobei er die gestreiften Fragen eingehend behandelte. Gegen 12 Uhr konnte Gen. Herzog die Versammlung schließen. Wir sind überzeugt, daß die gründliche Aufklärung der anwesenden Wählerinnen und Wähler hier reiche Früchte tragen, und daß der Wahlausgang hier für unsere Partei besser sein wird.

Eine Abrechnung

Forbach. Die in der „Offenen Antwort" auf den „unoffenen Brief", dessen Verfasser inzwischen so gut wie mit Sicherheit bekannt geworden sind, angekündigte öffentliche Versammlung fand am Sonntag statt. Durch Verbreitung des „unoffenen Briefes" hatten die Gegner der Sozialdemokratie selbst dafür gesorgt, daß es die am **stärksten besuchte Versammlung wurde,** welche je von der Sozialdemokratie in Forbach abgehalten wurde. Der große Saal des „Sternen" war bis zum letzten Platz besetzt, es waren kaum weniger Zuhörer da, als im Josefshaus beim Vortrag von Pater Pieper. In einer glänzenden Rede von 1½ Stunden setzte sich Genosse Pfarrer Kappes mit all den Anwürfen auseinander, die gegen die Sozialdemokratie und die sozialistische Kulturpolitik gemacht worden sind. Er verfügte über ein schlagendes Material von Zitaten katholischer führender Geistlicher und Sozialwissenschaftler, welche immer wieder den Satz aufstellen: **„Kapitalismus und Christentum stehen einander gegenüber wie Feuer und Wasser".** Von diesen Autoren wird immer wieder hervorgehoben, daß es sittliche Motive sind, die dem sozialistischen Kampf um die klassenlose Gesellschaft zugrunde liegen. „Wenn es die Sozialisten sind, welche den Kampf gegen den Kapitalismus entschieden und erfolgreich führen, so ist eben ihr Handeln in dieser Beziehung christlich"! Wer „einen Bürgerblock, einen Abbau der Sozialpolitik betreibt, versündigt sich am schaffenden und notleidenden Arbeitsvolk. Auf dem Hintergrund dieser grundsätzlichen Auseinandersetzung wurde dann die Steuer- und Sozialpolitik des Kabinetts Brüning sachkundig an der Hand von reichen Tatsachenmaterials dargestellt. Durch Zitate einer Aeußerung des Jesuitenvaters Reichmann aus den „Stimmen der Zeit" wurde belegt, daß für den katholischen Wähler nicht Weisungen der Kirche bei seiner Entscheidung am Wahltag maßgebend sind, sondern einzig und allein sein eigenes Gewissen. Dieses Gewissen muß sich orientieren an den sachlichen Aufgaben zur Ueberwindung der schweren Volksnöte, die von dem neuen Reichstag geleistet werden müssen. Da das Zentrum, nachdem die Sozialdemokratie nach Annahme des Youngplanes die außenpolitische Sicherheit Deutschlands gereitet hat, sich mit den konservativen und sozialpolitisch reaktionären Partei verbündet hat, kann eine Stimmenabgabe für das Zentrum von den Wählern nicht mehr erwartet werden, die als breite Masse die Nöte der heutigen Wirtschaftskrisis an ihrem Leib verspüren oder auf ihrem Gewissen tragen. Für sie kann nur die Sozialdemokratie in Frage kommen.

Ein mächtiger Beifall dankte dem Referenten. Der Vorsitzende, Genosse Rock stellte nach einer Pause fest, daß weder die annonymen Verfasser des „unoffenen Briefes", noch sonst jemand aus der Versammlung sich trotz zugebilligter längerer Redezeit zum Wort gemeldet hatten. Das veranlaßte wenigstens den Bruder des inzwischen wieder abgereisten Paters Pieper, Herr Dr. Pieper, zu einigen Ausführungen über den von ihm konstruierten Unterschied zwischen Sozialdemokratie und Sozialismus und über den § 218. Mit kurzen Worten ging der Referent noch auf diese Einwendungen ein.

Der Verlauf dieser Versammlung bedeutete einen großen Sieg für die sozialistische Bewegung in Forbach. Wer jetzt noch die alten Vorwürfe wiederholt, muß es sich gefallen lassen, daß an seiner Sachlichkeit und an seinem Mut zur offenen Auseinandersetzung gezweifelt wird. Die Sozialdemokratie hat den Kampf in Forbach nicht gesucht, sondern sie will auf politischem, gewerkschaftlichem und kulturellem Gebiet sich ungestört entwickeln können. An den Genossen in Forbach und Bermersbach liegt es nun, durch persönliche Agitation weiter für ihre gute Sache zu werben.

Nur 3 Wochen

trennen uns noch von dem 14. September, dem Tag der Reichstagswahl. An diesem Tag muß die politische und soziale Reaktion niedergerungen werden. Siegen muß die Partei aller Schaffenden, die Sozialdemokratie. Werbt und agitiert! Bereitet den Erfolg und Sieg der Sozialdemokratie vor.

Aus dem Gerichtssaal

fm. **Karlsruhe,** 26. August. **Wegen Betrugs und Urkundenfälschung** hatte sich heute vor dem erweiterten Schöffengericht unter dem Vorsitz von Amtsgerichtsrat Stritt die 33jährige Ehefrau Luise B. aus Bruchsal, sowie ihr Ehemann, der 33 Jahre alte Finanzinspektor Karl Josef B. aus Bruchsal zu verantworten. Die Ehefrau ist in drei Fällen des Betrugs und der Privaturkundenfälschung angeklagt. Wie sie zugibt, hatte sie Anfang August 1928 in einem Bruchsaler Wäschegeschäft Wäsche für 240 ℳ bestellt, angeblich für ein Waisenkind bestimmt, und sich eine Rechnung ausstellen lassen, die sie beim Domänenamt, bei welchem ihr Mann als Finanzinspektor und Leiter der Milder-Stiftungsverwaltung tätig war, einreichte. Sie erreichte ihre Absicht, die Rechnung wurde bezahlt und darauf holte sie die Waren bei der Firma ab und verbrauchte sie für sich. Anfang September begab sie sich erneut in das betreffende Geschäft und bestellte Waren im Wert von 180 ℳ wiederum für angebliche Rechnung des Krankenhauses und ließ einen entsprechenden Vermerk auf der Rechnung anbringen. Diese Rechnung versah sie mit dem Namen „Stumpf", um den Anschein zu erwecken, als wäre sie geprüft und ließ sie ebenfalls an die Domänenverwaltung gelangen. Sie erhielt die Rechnung ebenfalls bezahlt und holte die Waren ab. Im August 1928 begab sie sich in ein Geschirrgeschäft, wo sie auf die gleiche Weise Küchengeschirre für 75 ℳ mit entsprechender Rechnung an das Domänenamt bestellte. Die Rechnung wurde anfänglich beanstandet, aber nachdem die Firma eine detaillierte Aufstellung eingereicht hatte, ausbezahlt. Sie traute sich aber in diesem Falle nicht mehr, die Waren abzuholen. Der entstandene Schaden von 430 ℳ wurde auf Veranlassung ihres Mannes, nachdem dieser von den betrügerischen Machenschaften seiner Frau gehört hatte, gedeckt.

Der Angeklagte ist beschuldigt, falsche Eintragungen in die Bücher der Domänenverwaltung vorgenommen zu haben; jene beim Domänenamt einlaufenden 430 ℳ zur Deckung des Schadens habe er als von der betreffenden Firma und nicht von Frau B. eingezahlt eingetragen. Der angeklagten Ehefrau wird weiter zur Last gelegt, einen Brief an das Ministerium des Innern, in dem sie über verschiedene Mißstände beim Krankenhause Beschwerde führte, mit einem falschen Namen, dem einer Krankenschwester, unterzeichnet zu haben. Die Angeklagte bekennt sich im Sinne der Anklage schuldig; sie will aus Unüberlegtheit gehandelt haben. Ihr Mann hatte eine auskömmliche Stellung und sie hatte es — wie ihr der Vorsitzende vorhält — nicht nötig, sich auf betrügerische Weise zu bereichern. Der Mann saß ebenfalls vier Monate in Untersuchungshaft unter dem Verdacht der Mittäterschaft; das Verfahren gegen ihn in dieser Richtung mußte aber eingestellt werden. Erster Staatsanwalt Hofmann beantragte unter Berücksichtigung der mit großer Ueberlegtheit und Raffinesse ausgeführten Verfehlungen gegen die Frau eine angemessene Gefängnisstrafe; bei dem Ehemann stellte er die Höhe der Bestrafung in das Ermessen des Gerichts. Der Verteidiger der Frau B., Rechtsanwalt Stoeckhert, beantragte mäßige Gefängnisstrafe, Rechtsanwalt Marum plädierte auf Freisprechung des Angeklagten B. Das Gericht verurteilte Frau B. wegen Betrugs und Urkundenfälschung in zwei Fällen zu vier Monaten Gefängnis, verbüßt durch die Untersuchungshaft; der Angeklagte B. wurde von der erhobenen Anklage freigesprochen.

fm. **Von der Anklage wegen Kuppelei freigesprochen.** Die Ehefrau Thekla R. von Karlsruhe hatte wegen Kuppelei eine Strafverfügung über 50 ℳ Geldstrafe erhalten, weil sie einen Ladenraum in der Fasanenstraße als möbliertes Zimmer an eine Prostituierte um den Preis von 20 ℳ wöchentlich vermietet hatte, worin von der Staatsanwaltschaft eine Ausbeutung im Sinne des Gesetzes erblickt wurde. Gegen den Strafbefehl erhob sie Einspruch, so daß die Sache vor dem Einzelrichter verhandelt wurde. Der Verteidiger machte geltend, daß im Falle einer Verfehlung nicht die Ehefrau, sondern der Ehemann als Hauseigentümer verantwortlich zu machen wäre; im übrigen wies er darauf hin, daß ursprünglich von der Mieterin die Absicht bestand, in dem Raum einen Laden aufzumachen und 60 ℳ Miete bezahlt wurde; der Aufschlag von 20 ℳ monatlich sei berechtigt gewesen, da der Raum möbliert wurde. Das Gericht kam zu einem freisprechenden Urteil. Der Anklagevertreter hatte Verurteilung beantragt, da die Miete von 20 ℳ den üblichen Mietpreis übersteige und somit aus dem Gewerbe der Mieterin ein Vorteil gezogen worden sei.

Die Bombenattentate vor Gericht

Die Angeklagten wollen nicht aussagen

Altona, 26. Aug. Vor dem hiesigen Schwurgericht begann heute der Prozeß gegen die sogenannten holsteinischen Bombenleger. Die Anklage richtet sich gegen 21 Personen. Bisher sind etwa 60 Zeugen allein durch die Staatsanwaltschaft geladen. Die Zahl der Zeugen dürfte sich im Laufe der Verhandlungen noch vermehren. Man rechnet mit einer Prozeßdauer von etwa vier Wochen. Die Anklage lautet im wesentlichen auf Verbrechen gegen § 5 des Sprengstoffgesetzes.

Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses zum Verfahren begann die persönliche **Befragung** der Angeklagten. Der Angeklagte Rehling gab einige Auskünfte über die Entstehung seiner Beziehungen zu den übrigen Angeklagten. Den ihm zur Last gelegten Diebstahl der Sprengstoffe in Müllheim a. d. Ruhr bestreitet er. Ueber seinen Aufenthalt zur Zeit der Tat macht er bestimmte Angaben, um sein Alibi nachzuweisen. Der Angeklagte Heim erklärt, er wolle **nichts sagen.** Die Angeklagten sähen in dem Gericht den Exponenten eines Systems, das sie bekämpfen, und so hätten sie die Ueberzeugung, daß den Richtern das Verständnis für ihre Lage und ihr Handeln fehle.

Darnach wurde die Verhandlung auf Mittwoch vormittag **vertagt.**

Das Feld der Ehre und Pflicht

Im Kriege gab es das „Feld der Ehre": ein dummer, sinnloser, aus einer verbarschten Feldwebelmoral heraus gewachsener Begriff. Aber wenn es etwas noch Absurderes gibt als die Anwendung dieses Begriffes auf den Kriegstod, so haben die Nationalsozialisten dieses Absurdere erfunden.

Zwei junge Hitlerleute sind neuerdings bei einer der alltäglichen Prügeleien mit Kommunisten ums Leben gekommen. Es läßt sich heute nicht feststellen, welcher Schuldanteil auf sie fällt: sicher ist nur, daß die beiden nicht einen jähen, unsinnigen Tod verdient haben. Zwei bedauernswerte junge Männer, Opfer eines unseligen Todes, an dessen Schürung sie selbst allerdings nicht völlig unschuldig gewesen sein dürften, sind auf der Strecke geblieben. Aber deshalb sie sind nicht „auf der Strecke geblieben": das wäre zu nüchtern und prosaisch. Der Völkische Beobachter weiß es anders. Er nennt die beiden, deren Ruhm nur dieser ist, in einer Holzerei die „ihren Opfer abgegeben zu haben, in seiner Todesanzeige **„deutsche Brüder"** und schreibt, daß sie auf dem „Felde der Ehre und Pflicht" geblieben seien. Eine deutsche Straße in tiefem Frieden — eine Straße, auf der die Frauen ihre Besorgungen machen, die Autos fahren, die Männer zur Arbeit gehen, die Kinder spielen — ein „Feld der Ehre und Pflicht". Die Straße als Schlachtfeld — Permanenz, ihren Sinne herleitend und ihre Existenzberechtigung erhaltend von ihrer Fähigkeit, eine Kampfstätte abzugeben! Schwarzend geht es weiter: „. . . kämpfend ihr Leben eingesetzt . . . heilige Sache . . . zum Siege führen . . ." Liebleere, allen Mitgefühls bare, unempfundene Worte, krächzender Leutnantston, ölziges Pathos aus dem hohlen Faß. Zwei Tote liefern: **Kommunistenleichen für die Führer!**

Die Koblenzer Opfer

Für Spenden für die Hinterbliebenen des Koblenzer Brückenunglücks sind bisher 73 794 ℳ eingegangen. Von den 38 Toten waren 16 in Koblenz, 22 auswärts beheimatet. Die Hinterbliebenen der Opfer sind 4 Ehefrauen, 15 Kinder unter 14 Jahren und 4 Elternpaare. Da die Beerdigungskosten der in Koblenz beheimateten Toten und die Ueberführung der auswärtigen Toten von der Stadt Koblenz getragen wurden, werden die eingegangenen Spenden völlig zugunsten der Hinterbliebenen und Geschädigten verwandt werden können. Zur Linderung der ersten Not wurden sofort 5100 ℳ an die betroffenen Familien gezahlt. Sachschäden sind für etwa 6000 bis 8000 ℳ angemeldet worden.

Der Prozeß gegen die Bombenwerfer

Am 26. August begann in Altona der große Prozeß gegen die **Holsteiner Bombenwerfer,** durch den 21 Angeklagte der gerichtlichen Sühne überantwortet werden sollen. Die Gerichtsakten zählen 13 **Straftate** an verschiedenen Orten auf, von denen 4 noch im Winter 1928, die anderen 9 im Laufe des Jahres 1929 erfolgt sind.

Unser Bild zeigt oben die drei Hauptangeklagten, und zwar ganz links den Landvolkführer **Hamkens,** in der Mitte den Kaufmann **Johnsen** und rechts den Schriftleiter des „Landvolks" **Bruno von Salomon.** Links unten sieht man eine von den Angeklagten benutzte **Höllenmaschine,** rechts **die Wirkungen** eines ihrer Anschläge, und zwar die **Zerstörung am Rathaus zu Lüneburg.**

Gemeindepolitik

Adelsheim. Bei der am Sonntag stattgefundenen **Bürgermeisterwahl** haben von 1051 Wahlberechtigten wiederum nahezu 70 Prozent abgestimmt. Stimmen erhielten: Bürgermeister Herrmann 308, Huß, Gemeinderat, 234, Albert Gräf 144. Darnach ist auch aus dem dritten Wahlgang wieder kein Stadtoberhaupt hervorgegangen. Die Amtsgeschäfte müssen nur vorerst stellvertretungsweise weiter besorgt werden, wenn nicht die Regierung von sich aus einen Bürgermeister einsetzt.

Bürgerausschuß Gaggenau

Gaggenau, 26. August Der Bürgerausschuß Gaggenau war gestern bei der Beratung des Voranschlages für 1930/31 und die Gemeindebiersteuer wiederum nicht beschlußfähig, da nur 31 Mitglieder zugegen waren. Die absolute Mehrheit betrug 35.

Bürgerausschußsitzung in Söllingen

A. **Söllingen.** Die Bürgerausschußsitzung am Mittwoch, 20. August, hatte über folgende Tagesordnung zu beraten: 1. Beschlußfassung über einen außerordentlichen Holzhieb, 2. Einführung einer örtlichen Biersteuer, 3. Voranschlag 1930/31. Beim ersten Punkt sprach unser Redner den Wunsch aus, daß beim nächstenmal der **Erlös aus einem außerordentlichen Holzhieb** in Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit zur **Beschaffung von Arbeitsmöglichkeit für Ausgesteuerte** verwendet werden soll. Der Gedanke fand beifällige Aufnahme. Die Vorlage selbst wurde einstimmig angenommen.

Der zweiten Vorlage: **Einführung einer örtlichen Biersteuer,** liegt folgender Sachverhalt zu Grunde: Bei der Einführung der Reichsbiersteuer im April wurde der Bierpreis hier und in anderen Orten nicht nur um den Betrag der Reichsbiersteuer, sondern darüber hinaus um den Betrag einer eventuellen örtlichen Biersteuer erhöht. Während nun in einigen Orten, z. B. in Grötzingen, Durlach, Knielingen usw., die örtliche Biersteuer erhoben wurde, floß dieser Betrag hier den Wirten zu. Der Bierpreis ist nämlich in unserem Ort derselbe wie in den Orten, die die örtliche Biersteuer eingeführt haben. Nach der Auffassung aller unserer Genossen handelte es sich also nur darum, den die Reichsbiersteuer übersteigenden Betrag der Bierpreiserhöhung der Gemeindekasse zuzuführen. Allerdings lag nun die Möglichkeit vor, daß die hiesigen Wirte, entgegen der Handlungsweise ihrer auswärtigen Kollegen, die Einführung der örtlichen Biersteuer zu einer weiteren Bierpreiserhöhung benützen könnten. Aus diesem Grunde glaubte ein Teil unserer Genossen abwarten zu sollen, ob die **Bürgerliche Vereinigung,** die die Mehrheit im Bürgerausschuß hat, den Mut aufbringen würde, die Verantwortung hierfür mit helfen zu tragen. Nach der Haltung der Bürgerlichen im Gemeinderat hätte man es zwar für ausgeschlossen halten müssen, daß sie hier feige kneifen würden. War es doch, nach den Feststellungen unserer Genossen in der Ausschußsitzung, ein **bürgerlicher Gemeinderat** gewesen, der mit aller Entschiedenheit die Einführung der Biersteuer verlangt hatte. Und doch sollten gerade unsere mißtrauischen Genossen Recht behalten. Erst drückten sich unsere Bürgerlichen im Bürgerausschuß um eine klare Stellungnahme herum. Augenscheinlich hätten sie es nicht ungern gesehen, wenn unsere Fraktion geschlossen für die Vorlage gestimmt hätte. Es hätten dann ja von ihnen noch soviel mitstimmen können, daß eine Mehrheit erreicht worden wäre, die Möglichkeit, alle Schuld auf die Sozialdemokratie zu schieben, wäre auch so noch vorhanden gewesen. Schließlich ließ doch noch einer von ihnen die Katze aus dem Sack: „... wenn der Bürgermeister die Gewähr dafür übernehmen könne, daß sich der Bierpreis nicht erhöhe, würden sie der Steuer zustimmen". Und als dann noch ein Vertreter sich äußerte, daß sie überhaupt keiner Steuer, möge sie heißen wie sie wolle, mehr zustimmen würden, war für unsere Genossen die Situation geklärt. Sie hatten wahrhaftig keine Veranlassung, den Bürgerlichen jede Verantwortung abzunehmen, und so stimmte schließlich der größte Teil unserer Fraktion **gegen** die Vorlage, die mit 10 gegen 32 Stimmen bei 3 Enthaltungen **abgelehnt** wurde.

Mit dem Fall der zweiten Vorlage war natürlich auch die dritte: **Voranschlag 1930/31,** hinfällig. Der Ertrag der Biersteuer ist mit 2500 ℳ in den Voranschlag eingestellt. Nach Wegfall dieses Betrages wäre, da andere Einnahmequellen kaum zur Verfügung stehen dürften, eine Umlageerhöhung von etwa 7 Pfg. notwendig. An einen Abstrich im Voranschlag ist bei der äußerst knapp bemessenen Aufstellung nicht zu denken.

Hierzu kommt noch etwas anderes: Unsere Gemeinde erhielt bisher aus dem sogenannten **Lastenausgleichstock** für bedürftige Gemeinden einen Betrag von etwa 2000 ℳ. Da nun die Gemeinde durch Ablehnung der örtlichen Biersteuer eine Steuerquelle, die ihr zur Vermeidung einer Umlageerhöhung zur Verfügung steht, nicht ausnützt, so ist damit zu rechnen, daß ihr auch dieser Betrag gestrichen wird, was eine weitere Umlageerhöhung von etwa 6 Pfg. bedeuten würde. Im ganzen wären also **13 Pfg. mehr** an Umlage zu zahlen. Wohlgemerkt, **neben** der Biersteuer, die ja sowieso schon bezahlt wird.

Ob nun manchem Bürgerlichen etwas dämmert? Auch manchem ihrer Wähler? Wir müssen schon sagen: Die **Bürgerliche Vereinigung,** die schon etliche Jahre jeweils bei Voranschlagsberatungen sehr wenig Verantwortungsgefühl an den Tag legte und immer glaubte, zu unserer Partei in Opposition stehen zu müssen (weil man dem Bürgermeister, der Parteigenosse ist, Schwierigkeiten machen möchte), ist **wirklich schlecht** beraten. Haß ist eben ein schlechter Berater, und ihre Verantwortungsscheu hat ihnen speziell diesmal einen schlechten Dienst erwiesen, wie die Auswirkungen zeigen.

Noch ein Wort an die **Kommunisten.** Sie glauben ja, den Stein der Weisen in der Tasche zu haben. Man lehnt eben unbequeme Vorlagen einfach ab und erklärt, überhaupt keine Steuern mehr zu bewilligen. Als Minderheit hat man ja keine Verantwortung zu tragen. Hat man das wirklich nicht? Aus den letzten Gemeinderatsberichten ist zu ersehen, daß verschiedene Unterstützungsgesuche zurückgestellt werden mußten. Nach Annahme des Voranschlags sollten sofort verschiedene dort aufgeführte Arbeiten in Angriff genommen werden, bei denen diese ausgesteuerten Arbeitslosen beschäftigt werden sollten. Wenn also nach Ablehnung der Biersteuer der Voranschlag (den die Kommunisten ebenfalls ablehnen wollen) nicht fertiggestellt werden kann, **so tragen die Kommunisten mit den Bürgerlichen die Verantwortung dafür, wenn diese Leute nicht arbeiten können.** Bei den Kommunisten werden sie sich mit bedanken müssen, wenn ihnen, trotz der Biersteuer, die sie ja auch zahlen müssen, keine Arbeit zugewiesen werden kann. — Zum besseren Verständnis sei noch bemerkt, daß der **Bierpreis** für Exportbier vor Einführung der Reichsbiersteuer 20 Pfg. pro Glas betragen hat, während er jetzt 25 Pfg. beträgt. Die Reichsbiersteuer beträgt 5 Pfg. pro Liter Exportbier.

Bürgerausschußsitzung in Knielingen

Der Bürgerausschuß der Gemeinde Knielingen war auf 25. d. M. zur Sitzung auf das Rathaus eingeladen. Die **Bürgervereinigung** glänzte durch **restlose** Abwesenheit. Diese Tatsache möchten wir doch den Wählern von Knielingen nicht vorenthalten, wenn wir auch gerne zugeben, daß wir die Bürgervereinigung am liebsten haben, wenn sie sich im Rathaussaale nicht sehen läßt. Dieses politisches Gebilde, das überhaupt keine vernünftigen Grundsätze hat, ist auch völlig **überflüssig.** Daß dies den Tatsachen entspricht, hat die Bürgervereinigung ihren Wählern durch ihr Fernbleiben glänzend vordemonstriert. Hoffentlich verschwindet die Bürgervereinigung bei den nächsten Gemeindewahlen in der Versenkung.

Es war dies die erste Sitzung seit der Wiederwahl des Bürgermeisters **Dörr.** Dieser sprach deshalb seinen Wählern für das ihm entgegengebrachte Vertrauen zunächst nochmals offiziell seinen Dank aus und appellierte an den Bürgerausschuß zur weiteren zielbewußten Arbeit zum Wohle der Gemeinde. Hierauf sprach Bürgermeister Dörr ganz allgemein über den **Gemeindehaushalt** und über die **Schwierigkeiten,** die sich bei der heutigen Wirtschaftslage besonders dann zeigen, wenn der Voranschlag aufgestellt werden soll. Die Ausführungen zeigten, daß Bürgermeister Dörr den Voranschlag gut durchdacht hat, und daß er sich seiner Aufgabe als Gemeindeoberhaupt bewußt ist. Er hat die heutige Situation erfaßt und ist bestrebt, dies zum Wohle der Gemeinde auszunützen.

Obwohl unsere Fraktion an dem Voranschlag noch manches auszusetzen hätte, konnte sie nach Lage der Verhältnisse nichts anderes

Wählerlisten sofort einsehen

Jungwähler, beachte es besonders!

tun als den **Voranschlag genehmigen.** Die **Kommunisten** lehnten den Voranschlag wie überall ab. Der kommunistische Gemeinderat bestätigte aber erfreulicherweise, daß die Gemeinde wirtschaftlich gut geführt sei, und daß der Voranschlag nur deshalb abgelehnt werde, weil die Kommunisten die Gemeindevoranschläge im ganzen Reiche solange ablehnen werden, als sich das Reich und die Länder ihrer Aufgaben nicht bewußt werden und diese den Gemeinden überlassen. Ein anderer Kommunist bezeichnete den Voranschlag als einen Wechsel. Der Sprecher des **Landbundes** gab zu, daß man der Gemeinde die Mittel für den Gemeindehaushalt nicht verweigern könne. Im Interesse der genußberechtigten Bürger bat er jedoch um Nachprüfung, ob man den Bürgern doch alljährlich 2 Ster Hartholz überlassen könne, ohne die Einnahmen der Gemeinde bei Holzversteigerungen wesentlich zu verringern. Bürgermeister **Dörr** versprach, den Wunsch nach Möglichkeit zu berücksichtigen. **Der Gemeindevoranschlag wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und unter Abwesenheit der Bürgervereinigung angenommen.** An Gemeinde- und Kreissteuern wird wie bisher der Betrag von 0,60 ℳ von 100 ℳ Steuerwert erhoben. Nur unserer rührigen Gemeindeverwaltung ist es zu danken, daß wir bis jetzt um eine Erhöhung des Umlagefußes herumgekommen sind. — Unter Punkt 2 der Tagesordnung wurde die **Veräußerung eines Baugeländestreifens** einstimmig genehmigt.

Sport

Wettschwimmen des Durlacher Wassersportvereins

Letzten Sonntag, 24. August, veranstaltete der Durlacher Wassersportverein sein diesjähriges Schau- und Wettschwimmen im städtischen Schwimmbad. Da sich das Wetter am Nachmittag aufheiterte, war der Besuch gut, und die Veranstaltung konnte einen schönen Verlauf nehmen. Von den gemeldeten Vereien erschienen nur Karlsruhe und Durlach am Start. Es wurden sehr gute Leistungen gezeigt, besonders von seiten Karlsruhe. Die Reihefolge der Wettkämpfe war: 1. Jugendbruststafette: 4×4 Bahnen: 1. Karlsruhe mit 6,09,1 Minuten, 2. Durlach mit 7,26,3 Minuten. 2. Männerlagenstafette: 4×4 Bahnen: 1. Karlsruhe mit 5,48,8 Minuten, 2. Durlach mit 5,51 Minuten. 3. Frauenrückenschwimmen: 4 Bahnen: 1. Häbele-Karlsruhe: mit 53 Sekunden, 2. Boschert-Durlach mit 56 Sekunden, 3. Wöhrle-Karlsruhe mit 58,5 Sekunden. 4. Schülerbruststafette, 4×2 Bahnen: 1. Karlsruhe mit 3,35,4 Min., 2. Durlach mit 4,10 Min. 5. Jugendlagestafette: 4×4 Bahnen: 1. Karlsruhe mit 5,88,2 Min., Durlach hat aufgegeben. 6. Kopfwettsprung: 1. Dörr-Karlsruhe: 12,50 Meter weit, 16.8 Sek., 2. Dettling-Durlach: 12 Meter, 9,2 Sek., 3. Horst-Durlach: 10,30 Meter, 15,2 Sek., 4. Vogt-Karlsruhe: 9.50 Meter, 8.5 Sek. 7. Männerbrustschwimmen: 4 Bahnen: 1. Vogt-Karlsruhe 1.29 Min., 2. Michel-Durlach 1,34,4 Min. 8. Jugendkraulschwimmen: 4 Bahnen: 1. Bertsch-Karlsruhe 1,28,4 Min. (außer Konkurrenz). 9. Paddelstafette: 4×1 Bahn: 1. Karlsruhe 2,31,1 Min., 2. Durlach 2,32,2 Min. 10. Frauenbruststafette: 3×2 Bahnen: 1. Karlsruhe 2,32,3 Min., 2. Durlach 3,30 Min. 11. Springen für Männer: 1. Weinmann-Karlsruhe 28 Punkte, 2. Köhler-Durlach 25 Punkte, 3. Vogt-Karlsruhe 21 Punkte. 12. Wasserballspiele: 1. Jugend Karlsruhe — Durlach 2:0, 2. Männer Karlsruhe — Durlach 1:3.

Aus der Stadt Durlach

Die neuen Krankenkassenleistungen

Die **Allgemeine Ortskrankenkasse** gibt durch Rundschreiben bekannt, daß bei ihr **ab 25. August** die bekannte auf § 48 beruhende Notverordnung in Kraft tritt. Von diesem Tage an sind die Mitglieder gehalten, für **jeden Krankenschein für sich oder ein Familienangehöriges,** der bei der Kasse beantragt wird, 50 Pfg. zu bezahlen. Die Quittung für die Zahlung dieser Gebühr wird durch **Aufklebung einer Marke** erteilt. Die zur Anerkennung ihrer Gültigkeit auch den **Datumstempel der Kasse** tragen muß. — Ebenso hat jedes Mitglied bei **Verabreichung einer Arznei, eines Heil- oder Stärkungsmittels 50 Pfg. Gebühr zu leisten. Die Angehörigen eines Mitglieds,** für die die Krankenfürsorge **obligatorisch** auf 13 Wochen im Jahre erhöht wird, haben dagegen in jedem einzelnen Fall für **Arznei, Heil- oder Stärkungsmittel jeweils die Hälfte** der Kosten zu bezahlen, jeweils direkt an die Stelle, welche diese Mittel liefert (Apotheke, Optiker usw.). **Krankengeld** wird in allen **Fällen nur vom 4. Tage** der Krankmeldung ab gewährt. Auch eine Nachzahlung der Karenztage nach dreiwöchentlicher Krankheit wie bisher satzungsgemäß festgelegt, **kommt nicht mehr** in Frage. **Die Höhe des Krankengeldes,** das bisher für Verheiratete 60 Prozent, für Ledige 50 Prozent des für die Klasse, in welcher das Mitglied versichert war, maßgebenden Grundlohnes festgesetzt war, wird **allgemein auf 50 Prozent** festgesetzt, doch wird die Kasse vorbehaltlich der Zustimmung der im Monat Oktober stattfindenden **Ausschußsitzung** an verheiratete Mitglieder für deren Ehegatten einen Zuschlag von 10 Prozent, für Verwitwete für jedes Familienangehörige einen Zuschlag von 5 Prozent leisten, mit der Maßgabe, daß Krankengeld und Zuschläge zusammen in jedem Falle 60 Prozent des maßgebenden Grundlohnes nicht übersteigen dürfen. **Dieselbe Anordnung** trifft sinngemäß auch auf das im Falle der Verpflegung eines Mitgliedes in einem Krankenhaus zu gewährende **Hausgeld** zu.

Bei **Krankenhausbehandlung** eines Familienangehörigen eines Versicherten übernimmt die Kasse auf Grund der Notverordnung nur noch **die Hälfte der Kosten** auf die Dauer von 13 Wochen, ebenso das **bisher gewährte Sterbegeld.** Die nachträgliche Zustimmung des Krankenkassenausschusses auch zu dieser Maßnahme vorausgesetzt. — Die Kassenmitglieder bekommen auf diesem Wege die Wirkungen **der „Notverordnung des Kabinetts Brüning handgreiflich zu spüren,** und können sich dann am 14. September entscheiden, ob es besser ist, den Phrasen von rechts und links nachzulaufen und dadurch die Stoßkraft der breiten Masse der Versicherten zu schwächen, oder ob es nicht das Richtigere ist, durch einheitliche und geschlossene Willenskundgebung ähnliche „Experimente" für die Zukunft ein- für allemal zu verhindern. Es liegt das ganz in ihrer Macht, sie dürfen bloß wollen.

Rüstet zur Wählerversammlung der Sozialdemokratischen Partei. Nächsten Samstag, 30. August, abends um 8 Uhr, findet im „Blumensaal" eine **öffentliche Wählerversammlung** statt. Redner ist der bekannte Volksredner Gen. **Vierbücher,** Berlin. Das Thema lautet: **„Hakenkreuz und Stahlhelm sind Deutschlands Untergang — Gegen Diktatur von rechts und links — Für den sozialen Volksstaat."**

Nachmittags um 4 Uhr findet im gleichen Saal eine **Tonfilm-Vorführung** statt. Der Titel lautet: „Die Sozialdemokratie im Reichstagswahlkampf". Die bedeutendsten Führer unserer Partei werden auf der weißen Wand erscheinen und zu den Hörern sprechen. Das ganze wird durch musikalische Darbietungen umrahmt werden. Der Eintritt zur Tonfilmvorführung, sowie zur Wählerversammlung beträgt zusammen nur 20 Pfg., Erwerbslose zahlen 10 Pfg. Zu diesen Veranstaltungen laden wir die Wähler und Wählerinnen in Durlach herzlich ein. **Eintrittskarten sind bei den Parteivorstandsmitgliedern sowie Vertrauensleuten erhältlich.**

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Deutschland, Frankreich, Schweiz und Italien haben nunmehr seit zwei Tagen das wolkenlose Wetter, da das mitteleuropäische Hochdruckgebiet sich erhalten hat. Unter seinem Einfluß wird das heitere Wetter mit sommerlichen Temperaturen anhalten.

Voraussichtliche Witterung für Donnerstag, den 28. August: Fortdauer der bestehenden Witterung.

Wasserstand des Rheins

Basel 167, gef. 6; Waldshut 355, gef. 6; Schusterinsel 230, gef. 7; Kehl 350, gef. 7; Maxau 549, gef. 6; Mannheim 470, gef. 7 Zentimeter.

Unserer Auflage für den Stadtteil Mühlburg ist ein Prospekt beigelegt, aus welchem ersichtlich, daß am Peter- und Paulsplatz, Philippstr. und Kaiserallee eine Schuhinstandsetzungsfabrik und Lederfärberei eröffnet wurde unter dem Namen „Wilhelma". Der Inhaber ist der Besitzer der früheren, größten Karlsruher Gummibesohlanstalt, welche weit über Karlsruhe bekannt war. Es stehen demselben reiche Erfahrungen in guter, billiger Besohlung zur Seite und wäre ein Versuch daselbst zu empfehlen.

Große Auswahl formschöner
MÖBEL
der neuesten Stil- und Holzarten in Qualität, am besten u. billigsten bei
Heinrich Karrer
19 Philippstr. 19
Kein Laden Eig. Schreinerei u. Polsterwerkstätte
Ratenkaufabkommen Teilzahlung / Franko Wohnung allerorts

Kindermehl muß 1362 Gemüse enthalten sagt der Arzt! Verlangen Sie Roth's Gemüsezwiebackmehl in den Apotheken und Drogerien.

Schuh-Reparatur 5605 -Lederfärberei
Gummischuh-Vulkanisierwerkstätte
Ed. Stehle, Kronenstr. 22 Telefon 6113

Arbeiter! Berücksichtigt bei Eueren Einkäufen stets die Inserenten dieser Zeitung!

Bettfedern
jetzt äußerst billig
graue 2.10 1.65 0.75
rein weiße 3.20
5594 5.60 4.45
H'Daunen 5.50 4.- 2.85
Volldaun. 8.- 5.50 3.75
Fertige Betten
Matratzen, Patentbettröste, Schoner, Polstermöbel jd. Art
anerkannt billig u. gut
Spezialgeschäft
M. Kachur
Kaiserstr. 19

Westfront 1918
VIER VON DER INFANTERIE
Roman von Ernst Johannsen
RM. 2.80 gebunden
Der gewaltige Film als Buch!
VOLKSFREUND-BUCHHANDLUNG
KARLSRUHE i. BADEN, WALDSTRASSE 28

Der Blitz am Mittwoch
Schlupfhose Baumwolle m. Kunstseiden-Effekten Gr. 42 bis 48 88 ₰
Schupfhose Kunstseidentrikot, feinmaschig, schöne Farben Größe 42 bis 48 1.50
Herren-Netzjacke mit verstärkter Schulter Größe 4 Steigerung pro Größe 10 ₰ 85 ₰
BURCHARD
Kaiserstr. / Werderplatz / Durlach / Rüppurr

Groß-Karlsruhe

Geschichtskalender

27. August: 1576 †Italienischer Maler Tizian. — 1770 *Philosoph Friedrich Hegel. — 1791 Ehe in Frankreich zum Zivilvertrag erklärt. — 1927 Internationaler Jugendtag in Stuttgart. — 1928 15 Staaten unterzeichnen Kelloggpakt (Kriegsächtung) in Paris.

Verlockender Nachsommer

In Karlsruhe fast 30 Grad Wärme am Dienstag

Jetzt, da der Sommer packt und die Hundstagszeit uns gestern Valet sagte, kommt die schon lange erwartete — Ueberraschung: Der Himmel ist reingeputzt, ein wolkenloses, blaues Firmament wölbt sich seit 24 Stunden über uns, und aus ihm sendet das so lange vermißte Tagesgestirn seine heißen Strahlen hernieder.

Jetzt, da man in den Sommerfrischen nach enttäuschten Regenwochen allmählich zum Aufbruch rüstet — jetzt beginnt der — Sommer. Der Luftdruck ist seit ein paar Tagen anhaltend in die Höhe gestiegen und scheint sich auf einem Stande behaupten zu wollen, der verbürgt, daß die inzwischen sich herausgebildete „Hochdruckwetterlage" Stabilität in sich birgt.

Eine leichte Brise geht über das Land und führt trockene, **tropisch** erwärmte Luftmassen heran. Im **Rheintal** und in der **Niederung der Hardt** hat gleichzeitig kräftiger **Temperaturauftrieb** eingesetzt; am Dienstag Nachmittag überstieg das Thermometer in schnellen Sprüngen den 25er Grad und näherte sich zusehends dem „tropischen Temperaturwert" von 30 Grad, ohne ihn allerdings ganz zu erreichen. Wenn man bedenkt, daß uns der letztjährige September noch eine ganze Reihe hochsommerlicher Tage mit Termperaturmaxima von nahezu 34 Grad bescherte, so dürfen wir heute, angesichts des völligen und erfreulichen Wetterumschwungs die Hoffnung nicht aufgeben, daß uns ein entsprechend trockener, heißer und sonniger Nachsommer beschieden wird. In vielfacher Hinsicht wäre dies zu begrüßen: die sommerliche Nachsaison könnte dadurch manches ausgleichen, was die eigentliche Vakanzzeit verdorben hat, die Strandbäder hätten noch einmal nachträglich einen rechten Hochbetrieb zu gewärtigen und die Winzer würden frohlocken, wenn die Spätsommer- und Herbstsonne den Wein in den Rebhalden tüchtig auskochen würde!

Vom **Schwarzwald** meldet man übrigens gleichfalls eine totale Wetterveränderung: Helles, klares Sonnenwetter bei rasch steigenden Temperaturen und Ostwind, der längeres Schönwetter in Aussicht stellt. Die Berghochlagen, wie Feldberg und Belchen, melden erstmals bis zu 18 Grad Wärme, außergewöhnlich sichtige Luft und Alpenaussicht bis auf über 200 Kilometer Entfernung hin.

*

Protest gegen Biersteuererhöhung und Gemeindegetränkesteuer. Für Donnerstag, 28. August, ist hier in der Eintracht eine **öffentliche Protestkundgebung** des gesamten **Gaststättengewerbes** und der mit ihm zusammenhängenden Gewerbezweige gegen die Biersteuererhöhung und die Gemeindegetränkesteuer einberufen worden. (Siehe Inserat.)

Kraftwagenunglück einer Karlsruher Familie. Wie wir erfahren, ist der Karlsruher Bankdirektor B., der sich mit seiner Frau und seinen beiden Kindern auf einer Automobilfahrt durch Tirol befand, durch den Zusammenprall mit einem anderen Kraftwagen verunglückt. Die Gattin des Bankdirektors erlitt hierbei erhebliche Verletzungen, u. a. einen Oberschenkelbruch und mußte in das Traunstädter Krankenhaus verbracht werden; der Bankdirektor selbst trug einige Quetschungen, die Kinder des Ehepaares kamen mit dem Schrecken davon. Der Kraftwagen wurde erheblich beschädigt.

Deutsche Pfalzweinpropagandafahrt. Im Laufe dieser Woche unternimmt der Verkehrsverein Neustadt a. d. H. in Verbindung mit anderen einschlägigen Organisationen eine Pfalzweinpropagandafahrt durch ganz Deutschland, wozu ein zu einem 2400 Liter-Faß umgebauter Kraftwagen, der in seiner Art sehr originell ist, benützt wird. Die Fahrt begann gestern Dienstag, den 26. August, über Germersheim, Bruchsal nach Karlsruhe, wo der Kraftwagen Mittwoch nachmittag 3 Uhr eintreffen und eine Rundfahrt durch die Straßen der Stadt unternehmen wird. Ab 6 Uhr wird er vor dem Gasthaus „Zur alten Linde", Ecke Zirkel und Adlerstraße der allgemeinen Besichtigung zugänglich sein.

Auszeichnung. Herr Louis Baldas (Karlsruhe) wurde durch das Ministerium des Kultus und Unterrichts die Berechtigung verliehen, sich als staatlich anerkannter Chorleiter zu bezeichnen. Herr Baldas, eine in weiten Kreisen, auch in der **Arbeitersängerbewegung** nicht unbekannte Persönlichkeit, hat sein Können in musikalischer, sowie gesanglicher Hinsicht schon des öfteren unter Beweis gestellt, und man darf ihn zu dieser überaus wohlverdienten Auszeichnung aufrichtig beglückwünschen.

Dirigenten-Gastspiel Ludwig Siede-Berlin. Zu den schönsten Konzerten, die alljährlich im Karlsruher Stadtgarten stattfinden, gehören wohl diejenigen der Harmoniekapelle. So hatte sie auch gestern abend wieder die Karlsruher Bevölkerung zu dem Dirigenten-Gastspiel Ludwig Siede-Berlin herzlichst eingeladen, und gar Viele, — verführt noch durch das herrliche Wetter, — der Wettergott scheint der Harmoniekapelle besonders hold gesinnt zu sein — folgten dem Ruf. — Ludwig Siede, ein Dirigent von gutem Format, hatte ein sehr geschmackvolles und erstklassiges Programm zusammengestellt, das die Kapelle, von ihm sicher und straff dirigiert, glänzend zu meistern verstand. Sie hat auch gestern abend wieder, wie auch immer unter Meister Rudolphs prächtiger Stabführung, Großes geleistet und ein beredtes Zeugnis ihres hervorragenden Könnens abgelegt. Die Zuhörerschaft wußte den äußerst genußreichen Abend zu schätzen, sie erreichte beinahe nach jedem Vortrag eine Dreingabe. Stürmischen Beifall ernteten besonders die beiden Neu-Kompositionen des Dirigenten: „Wenn die Sonne lacht" (Walzer) und „Eine Schachtel Soldaten" (Charakterstück). Lebhafter Applaus am Schlusse des Programms dankte Dirigent und Kapelle für den trefflich gelungenen Konzertabend. Herr Ludwig Siede, der zu seinem gestrigen Gastspiel von Frankfurt hierher reiste, wird voraussichtlich demnächst die Leitung des Kurorchesters in Bad Nauheim übernehmen. Ein herzliches Glück auf und frohes Wiedersehen in der Landeshauptstadt! g. k.

Ein Sonder-Streichkonzert des Gemeinschaftsorchesters im Stadtgarten. Trotz des erst einjährigen Bestehens des aus der wirtschaftlichen Not der Zeit entstandenen Gemeinschaftsorchesters hat es diese Kapelle, namentlich unter der zielbewußten Leitung des Herrn Rudolf Kurt Guhr, verstanden, im Konzertleben unserer Stadt eine sehr beachtliche Stellung zu erringen. Besonderem Interesse begegnen beim Publikum die großen Streichkonzerte dieses Orchesters. Am Donnerstag, 28. August, veranstaltet nun das Gemeinschaftsorchester von 20—22.30 Uhr im Stadtgarten ein großes Sonder-Streichkonzert unter dem Motto „Operetten- und Walzer-Abend". Das Programm ist ausschließlich der letzten Muse gewidmet, birgt aber in seiner reichen Abwechslung eine reiche Auswahl der schönsten Tonwerke auf diesem Gebiete insbesondere von Lehar den Marsch aus der Operette „Der Graf von Luxemburg", von Offenbach die Ouverture zur Operette „Orpheus in der Unterwelt", von Ziehrer den prickelnden Walzer aus der Operette „Die Landstreicher" („Sei gepriesen du lauschige Nacht") sowie von Oskar Strauß „Walzerträume", ein Bouquett der schönsten Walzer nach Motiven aus der Operette „Ein Walzertraum". Wer also vom musikliebenden Publikum wieder einmal in den schönsten Melodien aus älterer und neuester Zeit schwelgen will, dem sei der Besuch dieses Streichkonzertes wärmstens empfohlen, er wird sicher voll und ganz auf seine Rechnung kommen.

Die Beamten und Reichstagswahl

Eine große von sozialdemokratischer Seite einberufene **Beamtenversammlung** im Festsaale des Friedrichshofes am Montag abend nahm Stellung zu den bevorstehenden **Reichstagswahlen.** Wenn man den guten Besuch der Versammlung und die Zusammensetzung derselben ins Auge faßte, so könnte man fast an eine Wendung zum Besseren glauben. Während in die früheren, vom Werbeausschuß der **sozialdemokratischen** Beamten einberufenen Versammlungen außer den längst als Sozialdemokraten bekannte Beamten nur wenig andere Beherzte gekommen sind, bot diese Versammlung ein wesentlich **anderes Bild.** Man sah viele fremde Gesichter und man konnte feststellen, daß Beamte fast aller Behörden anwesend waren, so daß der geräumige Saal nahezu voll besetzt war.

Die Versammlung war unter der Ueberschrift einberufen: **„Die Stellung der Beamten zur sozialen Reaktion im Hinblick auf die Reichstagswahlen."** Der Vorsitzende, Regierungsrat Gen. Dr. **Nordmann** begrüßte die Versammlung und gab seiner Freude über den starken Besuch derselben Ausdruck. Als Referent trat der bisherige Reichstagsabgeordnete und Präsident der Beamten-Internationale Ministerialrat a. D. Gen. **Falkenberg-Berlin** auf, der das Thema in erschöpfender Weise unter Zugrundelegung folgender Hauptgedanken behandelte:

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Reichstagswahl am 14. September auch für die Beamten von großer Bedeutung ist. Aus den Vorgängen der letzten Zeit konnten die Beamten zur Genüge erfahren, wie es um sie steht. Was sich im Reichstage abspielte, hat offenkundig zum Ziel, in konsequenter Entwicklung **die Reaktion in den Sattel zu heben.** Das den Beamten auferlegte sog.

„Notopfer"

wurde doch nur mit dem Hintergedanken gemacht, die Arbeiter von Lohnforderungen abzuhalten. Aber die Beamten ernten jetzt, was sie eigentlich mit Recht verdient haben. Sie haben sich in ihrer Mehrheit bis jetzt immer auf die **falsche Seite gestellt.** Am 9. November 1918 allerdings sind viele zu uns gekommen in der Hoffnung, daß jetzt endlich ihre Forderungen erfüllt werden mit dem Vorgeben: „Wir sind eigentlich immer links gesinnt gewesen". **Wo sind sie geblieben?** Nachdem sie gesehen haben, daß die Sozialdemokratie einen **entscheidenden** Einfluß nicht bekommen hat, sind sie mit dem gesamten Bürgertum wieder nach der anderen Seite gegangen. Forderungen müssen eben erkämpft werden, sie fallen nicht in den Schoß. Daher die Courage auf der Gegenseite. Wenn nicht alles trügt, will die Regierung jetzt aufs ganze gehen und mit der Demokratie überhaupt aufräumen und die Diktatur einführen. Es geht nämlich um die Frage,

wer die Kosten des verlorenen Krieges zahlen soll.

Wenn am 14. November keine ganz klare Entscheidung fällt, so will man den Reichstag so lange auflösen, bis der „Michel mürbe gemacht" ist. Es geht der Regierung Brüning nicht lediglich um die Arbeitslosenversicherung, sondern **man will die gesamte soziale Versicherung abbauen.**

Es muß nun zugegeben werden, daß die Beamten große Vorteile gegenüber den Privatangestellten haben. Daraus sollten sie aber **die Verpflichtung** entnehmen, **sich auf die politische Linie derjenigen einzustellen, die noch für eine sichere Existenz kämpfen.** Die Beamten tun gut, sich auf ihre „sichere Existenz" nicht gar zu sehr zu verlassen. Das Notopfer ist nämlich nur ein kleiner Vorgeschmack dessen, was noch kommen kann. Es besteht eine starke Strömung, die den Rechtsboden der Beamten abbauen will. **Die Sozialdemokratie wird sich dem widersetzen, denn**

das Volk fährt mit einer stabilen Beamtenschaft am besten.

Es ist einfach nicht wahr, daß allein der **Beamtenetat** schuld ist an der Finanzmisere. Ganz andere Dinge sind schuld daran. Unsere ausländischen Delegationen z. B. treiben einen derartigen Aufwand, daß es schon im Ausland merkwürdig auffällt. Der **Wehretat** mit 700 Millionen ist durchaus aufgebläht. Er übersteigt den vorjährigen Etat um **40 Millionen** und man weiß nicht, warum. Wir haben doch nicht mehr Soldaten wie vorher. Die **Osthilfe mit einer Milliarde** zugunsten der Großgrundbesitzer **hätte man sparen können,** wenn man sparen **will.**

Redner gibt alsdann einen Ueberblick über **die einzelnen Bestandteile** der Notverordnung, die auf Grund des **Artikels 48** dem Volke aufdiktiert wurden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Notverordnungen bleiben werden, wenn das Volk einen noch schlechteren Reichstag, wie den letzten, zusammenwählen sollte. Vielleicht werden dann noch schlimmere Verordnungen kommen. Deshalb ist es nicht zu begreifen, daß auch Beamte den **Nationalsozialisten** nachlaufen, wo doch prominente Führer derselben nicht scheuen, **geradezu hahnebüchene Drohungen gegen die Beamten auszustoßen.** Wenn das die Beamten nicht erkennen, ist ihnen nicht zu helfen. Selbstverständlich ist die Sozialdemokratie auch für das Sparen. Wir widersetzen uns nur dem Beginnen, **daß die Sparerei lediglich auf dem Buckel der Beamten ausgekämpft wird.** Wir wollen vor allem sparen durch

Vereinfachung der Staatsverwaltung.

Auch die Politik der Parteien der Mitte treibt nach der **kalten Diktatur.**

Am Schlusse seiner Ausführungen kam Redner auf das Kapitel

Demokratie oder Diktatur

zu sprechen. Der Versuch, die Diktatur an Stelle der Demokratie zu setzen, ist schon einmal schmählich gescheitert. Es war beim Kapp-Putsch, wo die Ministerial- und Geheimräte eine merkwürdige Rolle gespielt haben. Als die Kapp-Truppen in Berlin einrückten, wollten die Geheimräte zunächst „abwarten". Als das Abenteuer aber durch die Tatkraft des republikanisch gesinnten arbeitenden Volkes zusammenbrach, wollten alle Geheimräte „es gleich gewußt haben, daß die Sache nicht von Bestand ist". Heute sind sie wieder mit dabei, die Verfassung auszuhöhlen. Es ist ja eine alte Tatsache, daß viele Menschen den größten Maulaufreißern nachlaufen. Die Sache hat aber eine sehr gefährliche Seite. Das Geschrei mit der Ignorierung des Versailler Vertrages und der sofortigen Beseitigung des polnischen Korridors bedeutet nichts anderes wie **Krieg.** Welche Folgen der Krieg für Sieger und Besiegte hat, wissen wir. Sie heißen **neue Zerrüttung der Finanzen, neues Elend.** Die Beamten wären dann erst recht die Dummen, da ihre Existenz abhängig ist vom Staatshaushalt. Die Beamten haben schon einmal und zwar in der Vorkriegszeit, unter einer Art Diktatur gelebt. Damals durfte es sich keiner wie heute erlauben, eine sozialdemokratische Versammlung zu besuchen. Mit einer neuen Diktatur würde unsere Kultur in die Binsen gehen. Kein Programmpunkt der **Nazis** kann der Vernunft standhalten. Es gibt nur eine Vernunft und die heißt

Völkerverständigung, Völkerfriede.

Deshalb müssen wir der Gefahr ins Auge sehen und danach handeln. Die Beamten dürfen sich nicht auf die falsche Seite stellen, sondern müssen zu ihrem eigenen Fleisch und Blut halten, zum **arbeitenden Volk.** Sie müssen denen die Bruderhand reichen, die weiter nichts wie ihre Arbeitskraft besitzen. **Die Beamten müssen am 14. September sich entscheiden zwischen Kapital und Arbeit.** Deshalb müssen die nächsten Wochen benutzt werden zu eifriger Aufklärungsarbeit. Dann wird der Sieg unser sein. (Lebh. Beifall.)

An der folgenden **Diskussion** beteiligte sich nur **ein** Redner. Derselbe stellte sich hinter die Ausführungen des Referenten und betonte, daß die Beamten sofort mit dem Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung ihre wahren Freunde kennen lernten. Bringt es doch der christliche Arbeitsminister **Stegerwald,** der selbst aus dem Arbeiterstande kommt, fertig, dem 12prozentigen Abbau der Gehälter das Wort zu reden. Deshalb: **keine Stimme den bürgerlichen Parteien; hie Kapital, hie Arbeit!** (Beifall!)

Nach einem Schlußwort des Referenten konnte der **Vorsitzende** nach der Aufforderung, bei der Wahlarbeit und der Wahl selbst seine Pflicht zu tun und mit der weiteren Aufforderung der sozialdemokratischen Partei beizutreten und den Volksfreund zu abonnieren die in allen Teilen gut verlaufene Versammlung schließen.

Der Hauptgewinn der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie wurde in der gestrigen Nachmittagsziehung gezogen. Er fiel auf die Nummer 374 216, der Betrag macht 500 000 *M*.

Veranstaltungen

Kaffee Bauer. Aus dem Programm des heutigen Mittwoch-Konzertes seien hervorgehoben: Marschners Ouverture zu H. Heilig, eine Fantasie aus Schwanda der Dudelsackpfeifer und 2. Polonaise von Liszt. Solist ist Kapellmeister Dolezel mit Werken von Paganini und Dvorak (Siehe die Anzeige).

Sommeroperette. Heute Mittwoch, abends 8 Uhr, findet, wie bereits angekündigt, die Erstaufführung einer der zugkräftigsten der modernen Operetten, die Bernhard Grünsche Jazz-Operette „Miß Chocolate" unter persönlicher Leitung des Komponisten statt. Die Operette ist bereits über 200 Bühnen gegangen und wird demnächst auch in Neuyork aufgeführt werden. In Wien hatte diese Operette unter Direktor Nordens Leitung nach Aussagen der Wiener Presse einen enormen Erfolg. Direktor Norden bringt die Operette in dieser erfolgreichen Wiener Besetzung und hat aus diesem Grunde Lotte Ferry und Hans Steilau, beide vom Theater aus Wien als Gäste verpflichtet. Ohne Preiserhöhung wird den Karlsruher Operettenbesuchern die Besuchsmöglichkeit einer Operette von internationalem Format geboten. Neben den Gästen wirken in den Hauptrollen mit die Damen Olly Stüwen, Hertha Jensen und die Herren Otto Hans Norden, Leo Macher, Hans Hofer und Heinrich Klein. Regie Paul van Wimpfen, musikalische Leitung der Komponist, Tänze einstudiert von Cilla Herrmann.

Vera Schwarz-Gastspiel. Nochmals sei auf die einmalige Aufführung der Operette „Das Land des Lächelns" am Montag, 1. September, worin Frau Kammersängerin Vera Schwarz in der für sie vom Komponisten Lehar geschriebenen Rolle die Zuhörer begeistert, Karlsruhe wird in dieser Beziehung von vielen anderen Städten beneidet. Hunderte von Interessenten, die bei dem letzten Gastspiel keine Karten mehr erhalten konnten, haben nun Gelegenheit, diese vollendete Aufführung letztmalig zu hören. Wegen des Andranges können Vorzuskarten nur in beschränkter Anzahl ausgegeben werden. Diese Ermäßigungskarten können ausnahmsweise nur von heute bis Freitag, den 29. August an der Konzerthauskasse von 10 bis 1 und 5 bis 7 Uhr umgetauscht werden.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerdigungszeiten. 25. August: Ruth, 6 Jahre alt, Vater Gust. Meister. Beerdigung am 28. Aug., 11.30 Uhr. Bertha Elisabeth Reichwein, ledig, Näherin (Mühlburg). Marie Wörner, Witwe, geb. Straub, ohne Beruf. Beerdigung am 27. August, 15.30 Uhr. Gustav Adolf Herrmann, Kirchenrat. Beerdigung am 28. August, 12.30 Uhr. — 26. August: Alwin, 6 Monate alt, Vater Friedr. Ehmann. Beerdigung am 28 Aug., 10 Uhr. Karl Berger, Witwer, Zugmeister a. D. Beerdigung am 28. August, 14 Uhr.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Weststadt. Mittwoch, 27. August, abends 8 Uhr, findet „Unter den Linden" eine **Vertrauensmännersitzung** statt. Alle Blockterbezirksführer und Straßenobleute werden ersucht, zu erscheinen, auch diejenigen Genossen und Genossinnen, die gerne mitarbeiten am Aufbau der Partei und an der Arbeit im Wahlkampf sind, herzlichst willkommen.

Bezirk Beiertheim

Mittwoch, 3. September, abends 8 Uhr, findet im Restaurant zum „Beiertheimer Hof" eine **Bezirksversammlung** statt. Genosse Rektor Wieser wird über das Thema sprechen: „Der diktatorische Abbau der Kranken- und Arbeitslosenversicherung durch die Reichsregierung". In dieser Versammlung darf kein Mitglied fehlen. Freunde und Bekannte sind mitzubringen.

Bezirk Südstadt

Heute Mittwoch abends 8 Uhr findet in der „Deutschen Eiche" **Bezirksversammlung** statt. Tagesordnung: **„Die Reichstagswahl."** Referent: Genosse Stadtrat Fr. Töpper.

Anschließend wird Gen. Töpper über die **künftige Gestaltung des Marktplatzes am alten Bahnhof** berichten. Im Hinblick auf die Wichtigkeit der Tagesordnung darf es kein Mitglied der Südstadt versäumen, die Versammlung zu besuchen. Besonders eingeladen sind auch die Funktionäre der Partei, der Gewerkschaften, der Arbeitergesangvereine, der Arbeitersportvereine und der Sozialjugend, sowie alle diejenigen, die auf dem Boden der Sozialdemokratie stehen, soweit dieselben ihren Wohnsitz in der Südstadt haben.

Veranstaltungen

Mittwoch, 27. August:

Residenz-Lichtspiele: Das Halsband der Kaiserin.
Atlantik-Lichtspiele: Madame Lu.
Gloria-Palast: Schwarzwaldmädel.
Union-Theater: An der schönen blauen Donau.
Schauburg: Westfront 1918 (Tonfilm).
Städt. Konzerthaus: Miß Chocolate. 20 Uhr.
Stadtgarten: Nachmittagskonzert. 16 Uhr.
Kaffee Bauer: Großes Sonderkonzert. 20.30 Uhr.

Vereinsanzeiger

Bis zu 4 Zeilen 50 Pfg. die Zeile. Bei 5 u. mehr Zeilen 60 Pfg. die Zeile. Vergnügungsanzeigen finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, oder werden als Reklamezeilen pro rata berechnet.

Karlsruhe

FTK. Abt. West. Donnerstag abend 8 Uhr Spielerversammlung. Sämtliche Handballspieler und Trommelballspielerinnen müssen erscheinen.

Rüstet gegen die politische und soziale Reaktion!

Besucht die

Grzesinski-Versammlung

am Montag, 8. September in der Städtischen Festhalle.

Der frühere preußische Innenminister wird auch Dein Recht auf Brot und Frieden vertreten!

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfälle

Am Dienstag vormittag wurde auf der Linkenheimer Landstraße in der Nähe des Rosenhofes eine 48 Jahre alte Frau auf einem Fahrrad von einem Personenkraftwagen **angefahren** und **vom Rad geworfen.** Durch den Sturz zog sie sich eine leichte **Gehirnerschütterung** sowie **Verletzungen am Hinterkopf** und am rechten Knie zu. Der Autofahrer, **der hinter der Radfahrerin her** in Richtung Karlsruhe fuhr, sah sich plötzlich zum Ausweichen gezwungen, weil die Radfahrerin, **ohne das nötige Zeichen gegeben zu haben,** in den Fahrweg östlich der Straße einbog. Um einen Zusammenstoß zu vermeiden, riß er das Steuer **nach links und** bog ebenfalls in den Fahrweg ein, konnte jedoch nicht mehr verhindern, daß er die Radfahrerin streifte und zur Seite warf. Der Notruf, der an der Unfallstelle erschienen war, brachte die Verletzte nach der Wache Linkenheimer Tor, von wo sie mit dem Krankenauto ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Lebensgefahr besteht nicht. — Am Dienstag nachmittag kam in der Hauptstraße in Durlach ein 21 Jahre alter Hilfsarbeiter durch einen unglücklichen Umstand mit dem Fahrrad zu Fall. Im gleichen Augenblick kam ein Straßenbahnzug heran. Der Gestürzte konnte sich gerade noch von den Schienen herunterschaffen, während sein Fahrrad unter die Räder kam. Außer dem Schrecken trug er eine **Verstauchung des rechten Armes** zu. — In der Nacht zum Dienstag fuhr ein Kraftdroschkenführer infolge Unvorsichtigkeit mit seinem Wagen in der Zeppelinstraße in eine durch 5 hellbrennende Laternen gekennzeichnete Aufgrabung des Städt. Gaswerks hinein. Ein weiblicher Fahrgast erlitt **Schnittwunden** im Gesicht. Durch die Zertrümmerung der Stocklaternen entstand ein Schaden von 50 *M.*

Lebensmüde

Ein Handwerksmeister von hier brachte sich am Dienstag abend selbstmörderischer Absicht einen Schuß in den Hinterkopf bei. Die Verletzung ist nicht gefährlich.

In Daxlanden wurde gestern abend ein lediger Bäcker von hier von Passanten auf den Schienen der Straßenbahn liegend aufgefunden. Der Führer eines Straßenbahnzuges, der gerade in diesem Augenblick herankam, mußte elektrisch bremsen, um den Bäcker nicht zu überfahren. Dieser äußerte sich, daß er sich von der Straßenbahn hat überfahren lassen wollen. Die Polizei brachte ihn nach der Wache, von wo er nach erlangter Nüchternheit wieder entlassen wurde.

Wegen Körperverletzung

Teil erheblicher Art, groben Unfugs und Ruhestörung gerieten 15 Personen zur Anzeige. In zwei Fällen wurde der Polizei erheblicher Widerstand geleistet, so daß in einem Falle der Schutz zur Hilfe geholt werden mußte.

Wegen Erregung öffentlichen Aergernisses gelangte ein Wirt hier zur Anzeige.

Der Angeklagte hat das letzte Wort!

Es ist das gute Recht eines Angeklagten, in der Gerichtsverhandlung das „letzte Wort" zu haben, wobei ihm Gelegenheit gegeben wird, alles, was er zu seiner Entlastung noch vorbringen kann, zu sagen und Anträge zu stellen. Im allgemeinen wird er sich, wenn seinen Verteidiger hat, darauf beschränken, daß er sich den Ausführungen seines Verteidigers anschließt. Nur sollte er dabei auch beachten, was sein Rechtsbeistand ausführte und beantragte, denn es kann es passieren, — wie es schon vorgekommen ist — daß der Verteidiger mit redlichem Bemühen eingehend für die Freisprechung seines Mandanten einsetzte, während dieser, befragt, welchen Antrag er zu stellen habe, um eine milde Strafe bat. Andererseits ist es auch schon vorgekommen, daß der Verteidiger, weil er den Angeklagten nicht für ganz schuldlos hielt, auf eine mäßige Strafe plädierte und dann zu seinem Erstaunen das verschärfende Urteil vernehmen mußte.

Es ist indes auch schon der Fall eingetreten, daß Angeklagte mit den Strafanträgen des Staatsanwaltes einverstanden waren. So noch junger Anklagevertreter beantragte gegen den einen des Diebstahls angeklagten Angeschuldigten die Mindeststrafe, bei dem zweiten Einstellung des Verfahrens und bei dem dritten Freisprechung, worauf alle drei einhellig erklärten, sie schließen sich den Ausführungen des Staatsanwalts an. Ein Verteidiger hätte nicht besser sprechen können.

Daß Angeklagte ausdrücklich ihre Bestrafung verlangen, ist schon gewesen: Es handelte sich um einen Fall, in welchem der ärztliche Sachverständige zu dem Resultat gelangte, daß bei dem Angeklagten die Voraussetzungen des § 51 vorlagen. Dementsprechend beantragte der Anklagevertreter Freisprechung, während der Angeklagte und sein Verteidiger Bestrafung mit mindestens sechs Monaten Gefängnis verlangten. Der Betreffende wollte lieber eine Zeit im Gefängnis verbüßen als freigesprochen und in eine Heilanstalt eingeliefert werden.

Bisweilen kommt es vor, daß der auf der Anklagebank Sitzende den Antrag des Staatsanwalts für nicht ausreichend erachtet. Mehrfach schon baten solche um eine Zuchthausstrafe anstatt der beantragten Gefängnisstrafe, in der Hoffnung, eine kürzere Strafe erwarten zu können. Es haben sich auch schon, allerdings vereinzelt, Angeklagte als Anhänger der Todesstrafe bekannt. So ein Mann, der wegen Diebstahls vor Gericht stand. Als ihm das Gericht das letzte Wort erteilte, gestikulierte und redete er lebhaft und verzweifelt — wie der Dolmetscher übersetzte — seine Hinrichtung. Ein Anwalt meinte zu dem Strafantrag des Staatsanwalts: Man solle den Angeklagten, der sich wegen Diebstahls zu verantworten hatte, an die Wand stellen und erschießen, das sei besser als Gefängnis. Wieder einem anderen wäre es, wie er in seinem „letzten Wort" erklärte, lieber, seine Verfehlung durch Prügel- anstatt Gefängnisstrafe sühnen zu können.

Man sieht: So verschieden die Menschen, ihre Taten und Beweggründe — so verschieden auch ihr „letztes Wort". fm.

Kleine bad. Chronik

Folgenschwerer Verkehrsunfall

Ettlingen, 26. August. Ein folgenschwerer Verkehrsunfall ereignete sich gestern kurz vor Bruchhausen. Eine Radfahrerin aus Ettlingen wurde von einem Motorradfahrer aus Heidelberg, der angeblich durch ein Baden-Badener Personenauto geblendet worden war, angefahren. Beide stürzten von ihren Rädern. Der Motorradfahrer trug eine schwere Kopfwunde und sonstige Verletzungen davon, während die Radfahrerin innere Verletzungen erlitten hat. Außerdem wurde ihr Fahrrad völlig zertrümmert.

Kind überfahren

DZ. **Rotenfels,** 26. August. Der 10jährige Franz Merkel wollte über die Straße springen, als im gleichen Augenblick ein Kraftwagen vorfuhr, der den Knaben erfaßte und zu Boden riß, sodaß er schwere aber nicht lebensgefährliche Verletzungen erlitt.

*

Weingarten. In unserem Artikel vom letzten Samstag über den genossenschaftlichen Zusammenbruch sind zwei Druckfehler richtigzustellen. In einem Satze heißt es, es sei ein Fehlbetrag von **18 000** bis 2000 *M* zu verzeichnen. Es soll heißen **1800** bis 2000 *M.* Des weiteren heißt der Gemeinderat, von dem in dem Artikel gesprochen wurde, nicht Birl, sondern Biel.

Wiesloch. Dieser Tage hat die Landwirtschaftsschule Wiesloch in Sandhausen (A. Heidelberg) das Auftreten von Peronospora an Blättern und Beeren vereinzelter Amerikanerreben festgestellt. Diese Feststellung ist sehr bedeutsam, da bisher die Amerikanerrebe als peronosporafest galt und dieser gefürchteten Blattkrankheit bisher widerstanden hat.

Nußloch (bei Wiesloch). Ein Brand entstand im Fabrikationsgebäude des Schuhfabrikanten Karl Siegel. Das Feuer fand in den Vorräten an Leder, Tuch und Pappe reiche Nahrung, so daß das Innere des Gebäudes rasch ausbrannte. Besonders bedroht war die Glasereiwerkstätte der Witwe Bachmann. Der Feuerwehr gelang es jedoch, das Feuer auf den Herd zu beschränken. Das Gebäude selbst in bis auf die Außenmauern ausgebrannt. Außer den Materialvorräten ist eine Reihe teurer Maschinen zerstört, so daß der Schaden recht beträchtlich sein dürfte.

Sinsheim (Kreis Heidelberg). In der Nacht zum Sonntag fuhr wie erst jetzt bekannt wird, der Motorradfahrer Ludw. Sohnle von hier in einer Kurve der Eschelbacher Höhe in einen von Eschelbach her kommenden Dreschmaschinenzug. Der Anprall war so heftig, daß Sohnle sofort getötet wurde.

Ispringen (Amt Pforzheim). Dem Metzger Trautz glitt das Messer beim Knochenputzen aus und drang ihm in den Unterleib. Hierbei wurde eine Schlagader verletzt, was sofort heftige Blutungen ergab. Nur dem sofortigen Eingreifen der Anwesenden ist es zu verdanken, daß er sich nicht verblutete.

Waldshut. Montag nachmittag gegen 1 Uhr ereignete sich in der Nähe des Anwesens Ebner an der Bleiche ein schwerer Unfall. Eine Frau aus Schmitzingen war dort mit Oehmden beschäftigt. Als sie darauf am Straßenrand mit einem Hund tändelte, übersah sie ein herankommendes Auto, wurde von diesem erfaßt und zu Boden geworfen. Mit schweren Verletzungen wurde sie ins Waldshuter Krankenhaus verbracht und verschied kurze Zeit darauf. Die Verunglückte war 39 Jahre alt und hinterläßt vier unmündige Kinder.

*

SP. Weingarten bei Durlach. Es kommt oft vor, daß man in einem fremden Ort eine Wirtschaft aufsuchen muß und möchte gerne den „Volksfreund" lesen; nur weiß man meistens nicht, in welcher Wirtschaft das Arbeiterblatt aufliegt. Um diesem Mißstand bezüglich unserer Gemeinde Rechnung zu tragen, lassen wir hier die Wirtschaften folgen, von welchen zur Zeit der Volksfreund gehalten wird: Karl Heppel, Wirtschaft zum Rößle, Bruchsaler Straße; Friedrich Siegrist, Wirtschaft zum bad. Hof, Schillerstraße; Heinrich Gaß, Gasthaus zum Lamm, Bruchsaler Straße; Hermann Manz, Gasthaus zum Löwen (Festhalle), Durlacher Straße; Gustav Ammenhofer, Wirtschaft zur Linde, Kanalstraße; Hermann Windbiel, Wirtschaft zum Bahnhof, Bahnhofstraße; Ludwig Kärcher, Restauration Kärcherhalle am Bahnhof; weiter halten den Volksfreund folgende **Gewerbetreibende:** Paul Arnold, Metzgerei, Paulusstraße; Karl Traub, Metzgerei, Bahnhofstraße; Friedrich Siegrist, Bäckerei, Schillerstraße; Karl Häcker, Bäckerei, Kirchstraße; Wilhelm Völker, Bäckerei, Bahnhofstraße; Ludwig Gablenz, Schuhmacherwerkstätte, Apothekenstraße; Wilhelm Benz, Schuhmacherwerkstätte, Bahnhofstraße; Gustav Scholl, Schlosserwerkstätte, Burgstraße; Firma Hermann Löwenstein, Eisenhandlung, Durlacher Straße; Firma Joh. Brutzer, Haushaltungsgegenstände, Paulusstraße; August Wolf, Spezereihandlung, Burgstraße; Friedrich Hartmann, Zigarrengeschäft, Marktplatz; Michael Frank, Schreinerwerkstätte, Burgstraße; Karl Klaiber, Zementwarengeschäft, Bruchsaler Straße; Hermann Völker, Badeanstalt, Burgstraße; Wilhelm Völker, Arbeitskleider und Textilien, Burgstraße; Anton Hauswirt, Friseurgeschäft, Bahnhofstraße; Otto Boppel, Friseurgeschäft, Bahnhofstraße; Marie Kälblein, Friseurgeschäft, Bahnhofstraße; Franz Hill, Dentist, Bahnhofstraße; Dr. Wohnlich, prakt. Arzt, Kirchstraße.

An unsere Sangesfreunde!

Von dem Dirigenten eines größeren Arbeitergesangvereines wird uns geschrieben:

Der Arbeitergesangverein pflegt das Volkslied, das einfache wie das Kunstlied. Er bietet seinen Sängern, Erholung nach des Tages Müh und Arbeit, gibt ihnen neue Kraft und Daseinsfreude wie der bürgerliche Gesangverein auch. Was einen nicht zu übersehenden Unterschied der beiden Organisationen ausmacht, ist die Möglichkeit des Arbeitergesangvereins, auf die zahlreich vorhandenen Liedertafeleien der bürgerlichen Verlage zu verzichten und außerordentlich gute Literatur für geringen Kostenaufwand vom Deutschen Arbeiterbundesverlag zu beziehen. Der wesentliche Unterschied ist wohl der, daß der Arbeitergesangverein auch jenes Lied pflegt, das seinen Sängern Gelegenheit bietet, sich als Mensch, als Arbeiter zu Ereignissen zu äußern, an denen er täglich Anteil nimmt. In diesem Liede, dem sogenannten Freiheitslied, ist die Anschauung des Arbeiters zur Not, zur Arbeit festgehalten, in ihm liegt die Möglichkeit, Leben und Weltanschauung in künstlerischer Form Ausdruck zu geben.

Es sei auf den Chor „Arbeiterlied" von Toller-Pringsheim hingewiesen, wo das Sichaufbäumen gegen das Gemeine, gegen die Ungerechtigkeit gezeigt wird, ein Ausdruck des Willens, wie ihn der Mensch von heutzutage kundgibt, kundgeben muß, eine Aeußerung, die aber noch von keinem bürgerlichen Gesangverein gegeben worden ist.

Der Freund und Vertreter der Arbeitersache ist mit dem freien Liede wohl einverstanden. Für ihn gibt es keinen Zwiespalt seiner Seele, kein da und dort, sondern eine Vereinigung seiner Kräfte im Streben nach einem, seinem großen Ziele. Das freie Lied ist für den Freiorganisierten geschaffen.

Es tut ihm aber weh, wenn er zusehen muß, wie sich seine Gleichgesinnten, seine Brüder, an Richtungen verlieren, die die Arbeiterbewegung durchkreuzen und nur hemmen. Der Arbeitergesangverein kämpft für die Arbeiterbewegung, der bürgerliche Gesangverein nicht! Darum Bruder, komm zu uns! Trete ein in den Arbeitergesangverein! Er arbeitet für Dich und Du willst abseits stehen? Du willst Deine Kräfte einer Bewegung schenken, die mit der Arbeiterbewegung überhaupt nichts Gemeinsames hat? Kann ein überzeugter Anhänger der Arbeitersache, ein organisierter Politiker, Diener eines anderen Werkes sein? Du hast doch immer sonst die innere Kraft gefunden, aus Deinem Herzen keine Mördergrube zu machen. Du wirst auch jetzt den Mut besitzen, Dich zu entscheiden.

Und Du, Arbeitsloser! Warum stehst Du fern? Mit Deiner Zurückgezogenheit wirst Du Deine Lage nicht bessern. Im Gegenteil Deine trüben Gedanken verschlechtern Deine Gesundheit, die zu erhalten Du den Deinen, Deiner Familie verpflichtet bist. Trete heraus aus Deinem passiven Verhalten, die Gemeinschaft mit Deinen Brüdern macht Dich stärker, läßt Dich Dein Schicksal leichter tragen. Trete heraus und bringe Deine Not im Kampflied des Arbeitergesangvereins zum Ausdruck.

Der Arbeitergesangverein will nur Gutes. Er will schaffen an sich selber, zum Aufstieg, zur Höherentwicklung des Arbeiters.

Darum tritt in seine Reihe!

Komm, Bruder, komm!

Berliner Devisennotierungen (Mittelkurs).

		26. Aug. Geld	26. Aug. Brief	25. Aug. Geld	25. Aug. Brief
Amsterdam	100 Fl.	168.53	168.87	168.50	168.84
Italien	100 L.	21.91	21.95	21.91	21.95
London	1 Pfd.	20.367	20.407	20.367	20.407
Newyork	1 Doll.	4.183	4.191	4.1825	4.1905
Paris	100 Fr.	16.445	16.495	16.45	16.49
Prag	100 Kr.	12.419	12.439	12.411	12.431
Schweiz	100 Fr.	81.32	81.48	81.325	81.485
Spanien	100 Pes.	45.40	45.50	44.45	44.55
Stockholm	100 Kr.	112.49	112.71	112.45	112.67
Wien	100 Schilling	59.135	59.255	59.115	59.235

Chefredakteur: Georg Schöpflin. Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Hermann Winter; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Sämtliche wohnhaft in Karlsruhe in Baden. Druck u. Verlag: Verlagsdruckerei Volksfreund G.m.b.H. Karlsruhe.

Das größte deutsche Bürohaus in Hamburg

Der soeben fertiggestellte zweite Bauteil des Hamburger Sprinkenhofs.

Der zweite Bauabschnitt des Sprinkenhofs in Hamburg ist nunmehr fertiggestellt worden. Der Sprinkenhof, der nach den Plänen der Architekten Fritz Höger und Hans und Oskar Gerson erbaut ist, wird nach Vollendung des dritten Bauteils das größte deutsche Bürohaus darstellen, der bebauten Fläche von rund 60 000 Quadratmeter nach das größte Bürohaus der Welt.

SERIEN-TAGE

Wir kommen den Wünschen und dem Bedarf der Käufer, besonders der Lohn- u. Gehaltsempfänger, entgegen und **verlängern die Serientage! Jetzt HAUSHALTARTIKEL:** das bieten wir zum Serienverkauf! • Aber auch in allen anderen Abteilungen Angebote von unerreichter Leistungsfähigkeit

90 ₰

1 Handtuchhalter mit 3 Porzellan-Schilder . . . 90 ₰
1 Holzstoff-Tablett farbig . . . 90 ₰
1 Kompottschale 24 cm . . . 90 ₰
1 Satz Glasschalen 4 teilig . . . 90 ₰
4 Tassen Porzellan, weiß, groß . . 90 ₰
1 Milchtopf 2 Ltr. mit Schrift . . . 90 ₰
1 Suppenschüssel (Email) 20 cm 90 ₰
1 Salatseiher grau, 24 cm . . . 90 ₰
1 Besteckkorb 3 teilig . . . 90 ₰
1 Zeitungshalter für 6 Tage . . . 90 ₰

Likör-Service 6 Gläser mit Tablett 90 ₰
Eier-Service mit Tablett, Nickel . 90 ₰
Zigarettenkasten Messing . . . . 90 ₰

1.90

1 Spiegel weiß, oval 1.90
1 Kuchenteller mit 6 Glasteller . . 1.90
6 Weingläser mit Tabletten . . . 1.90
1 Satz Schüssein 7 teilig, weiß . . 1.90
6 Dessertteller Zwiebel Muster . 1.90
1 Kochtopf mit Deckel, brauner Ton 1.90
1 Toilettеimer weiß 1.90
1 Spülwanne weiß, oval 1.90
1 Etui mit 6 Kaffeelöffel 1.90
1 Spring- u. 1 Puddingform . . . 1.90

Weinservice m. 6 Gläsern u. Tabl. . 1.90
Blumenvase Majolika 1.90
Eierservice mit 4 Becher und Tablett 1.90

2.90

1 Eierschrank extra stark 2.90
1 Closetbürstengarnitur . weiß 2.90
6 Likörgläser farbig, mit Tablett . 2.90
1 Küchenteller 28 cm, Schwert-Kryst. 2.90
6 Gemüsetonn. mit Schrift, Porzellan 2.90
1 Fleischpl., 1 Sauciere, 1 Schüssel Goldrand 2.90
1 Kartoffelkocher braun 2.90
1 Sand-, Soda-, Seife-Garnitur 2.90
1 Küchenwaage 2.90
1 Bohnenschneidmaschine . . . 2.90

1 Käseglocke 2.90
1 Schreibtischuhr (Marmor) . . . 2.90
1 Rahmservice Nickel 2.90

3.90

1 Bügelbrett mit Bezug 3.90
1 Nudelbrett 3.90
1 Bierservice 8 teilig, mit Tablett . 3.90
1 Cabaret 7 teilig 3.90
1 Waschgarnitur 4 teilig, Goldrand 3.90
6 Tassen mit Untertassen, China-blau 3.90
1 Teigschüssel 46 cm, grau 3.90
1 Waschkessel verzinkt, 42 cm . . 3.90
1 Fleischmaschine verzinkt 3.90
1 Kohlenschiff Guß 3.90

Obstschale auf versilbertem Fuß . . 3.90
Jardiniere versilbert 3.90
Bowle mit 6 Gläsern und Tablett . . 3.90

4.90

1 Zimmerstuhl hell oder dunkel . 4.90
6 Weinrömer geschliff. mit Tablett 4.90
1 Kuchenteller, 1 Schale, 6 Teller 4.90
1 Suppenterine oval, feston . . . 4.90
1 Kaffeeservice 7 teilig, China blau 4.90
1 Kaffeeservice 9 Pers., Goldrand 4.90
1 Waschgarnitur Email, 3 teilig . 4.90
1 Waschkessel u. 1 Waschwanne 4.90
1 Wandkaffeemühle 4.90
1/2 Dtzd. Backenbestecks schw. Heft 4.90

1 Likörservice Nickel 4.90
1 Tablett mit 4 Teegläser . . . 4.90
1 Gebäckkasten mit Nickelbeschl. 4.90

Unsere ersten Herbstneuheiten
in Konfektion, Putz, Kleider, Mantel- und Seiden-Stoffen sind eingetroffen!

KNOPF

Oeffentliche Protest-Versammlung

gegen die seitens der badischen Gemeinden geplante 5616

Einführung der erhöhten Biersteuer und Gemeindegetränkesteuer

am Donnerstag, den 28. August, nachmittags 17,30 Uhr, im großen Saale „Zur Eintracht", Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 30

Referent: Herr Stadtverordn. Schöpwinkel-Düsseldorf

Jedermann ist eingeladen!

Badischer Gastwirteverband e. V. u. verwandte Berufe

STADTGARTEN

Donnerstag, den 28. August, von 20—22½ Uhr,
Sonder-Streich-Konzert
des Gemeinschafts-Orchesters
(Operetten- und Walzer-Abend) Leitung: Kapellmeister Rudolf Kurt Guhr 1218
Eintritt: Nichtabonnenten, Erwachsene 40 Pfg., Abonnenten, Erwachsene 20 Pfg.

Städt. Konzerthaus
Sommer-Operette
Mittwoch abend 8 Uhr
Zum ersten Mal:
Miß Chocolate

Tüchtiger Eisenbeton-Vorarbeiter
sowie 2 Einschaler auf ca. 2 Monate sofort nach Karlsruhe gesucht. Angebote unter 5624 an den Volksfreund.

Trenchcoat
wasserdicht, gefüttert
nur Mk. 28⁷⁵
R. Billig
Herren-Bekleidung
Kaiserstraße 41
gegenüber 5619
Techn. Hochschule

Zu kaufen gesucht: 1 Stubenwagen gebr. u. 1 Kind.-Sportwag., gebr. **Baier,** Gluckstr. 4, part.

Heute eintreffend:
Neuer süßer Wein
erhältlich in meinen sämtlichen Filialen
BUCHERER
5620

Achtung! Achtung!

Oeffentliche Versammlung

aller selbständigen Gewerbetreibenden, Handwerker und Kaufleute am **Dienstag, den 2. September 1930,** abends 8 Uhr, im Festsaale des Restaurants „Friedrichshof", Karl-Friedrich-Straße.

In dieser Versammlung spricht der selbständige Gewerbetreibende, Reichstagsabgeordneter **Stefan Meier,** Freiburg, über das Thema:

Welche Forderungen stellen wir als selbständige Handwerker, Gewerbetreibende u. Kaufleute an den neuen Reichstag?

Der Referent ist auf dem Gebiete des Steuerwesens ein außerordentlich guter Sachkenner. Da er selbst selbständiger Kaufmann ist, werden die Versammlungsteilnehmer über alle für sie notwendigen Fragen Aufklärung erhalten.

Gruppe sozialistischer Gewerbetreibender
S. P. D.

Kaffee Bauer 5625

Heute Mittwoch, 20.30 Uhr abends
Großes Sonder-Konzert
Aus dem Programm:
Ouverture zu Hans Heiling . Marschner
Fantasie aus „Schwanda, der Dudelsackpfeifer" . Weinberger
2. Polonaise . . . . . Liszt
Sonate . . . . . Paganini
Slavischer Tanz . . . . . Dvorak
Solist: Kapellmeister Dolezel
Sommer-Terrasse

Zurück
Dr. med. A. Geiger
Facharzt für Kosmetik, Haut- und Harnleiden. Röntgen- und Lichtbehandlung
Kaiserpassage 31
Sprechzeit 9—½2 3—6
Rufnummer 2290
1430

Von der Reise zurück!
Dr. Adolf Heinsheimer
Zahnarzt 5621
Kaiserstraße 189 Telefon 594

Strichfertige Oel- und Lack-Farben
Pinsel und Malutensilien 5606
Farbenhaus Ludwig Beideck
Wilhelmstraße 4, bei der Baumeisterstr.
Fachmännische Bedienung und Beratung

Eisenbett m. Matratze u. Federbetten, fast neu, billig abzugeben. K928 **Kaiserstr. 19,** Hof, part.

Klappliegwagen, eis. **Kinderbett, Kinderklappstuhl** zu verkauf. **Lachnerstr. 18,** part.

Aufgebotsverfahren

Die von uns am 1. Juni 1912 ausgestellte Schuldverschreibung Serie 1, Lit. C Nr. 49, lautend auf den Namen **Johann Hamann, Karlsruhe,** ist in Verlust geraten. Meldet sich innerhalb 6 Wochen nach diesem Aufgebot niemand mit der Schuldverschreibung, so wird die Urkunde für kraftlos erklärt. 5618

Karlsruhe, den 26. August 1930.

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe
e. G. m. b. H.
Prull Thomann

Reklame muß zünden

soll sie ihren Zweck, die Menge der Ankündigungen zu überstrahlen, erreichen. Verschiedene zusammenwirkende Momente, die sich aus dem Werbetext und der Gestaltung ergeben, erfüllen diese Forderung. Der erfahrene Werbekünstler rechnet die sorgfältige Wahl der Schrifttype mit zu den wichtigsten Erfordernissen erfolgreichster Werbedrucke. Benutzt die neuzeitlichen Typen des Volksfreund. Inseriert auch im Volksfreund

Amtliche Bekanntmachungen

Oehmdgrasversteigerungen des Domänenamts Karlsruhe

1. **Freitag, den 29. August 1930,** nachmittags 9 im Schwanen in Friedrichstal (von 56 ha der Gemarkungen Blankenloch—Stutensee)
2. **Samstag, den 30. August 1930,** nachmittags 9 Uhr im Ochsen in Grötzingen (von 46 ha der Gemarkungen Durlach, Grötzingen)
3. **Montag, den 1. September 1930,** nachmittags 9 Uhr im Eichhorn in Rüppurr (von 68 ha)
4. **Dienstag, den 2. September 1930,** nachmittags 9 Uhr in der Krone in Singen (von 8 ha der Gemarkungen Stupferich, Wilferdingen).

Modernes Herren-Zimmer
Eiche, kompl.
Mk. 550.-
Möbelhaus M. Kahn
22 Waldstr. 22
(neben Colosseum)

Aelt. Frau sucht **Arbeit** im Flicken u. einfachen Kleidermachen. **Blumenstr. 25,** 2. St.

Sie können **fachgemäß** als 1432
Kammerjäger
(Ungeziefervertilg.)
ausgebildet werden.
Gute Existenz geboten. Offert. unt. **F. M. 7341** an **Ala,** Haasenstein & Vogler, **Frankfurt/M.**

Suche auf 4—5 Monate
300 Mk.
bei hohem Zins u. 15-facher Sicherheit. Sch936 Waldstraße 30, H. II.

Ein möbliertes **Zimmer** an 2 Herren od. Damen sof. oder später zu verm. Zu erfragen u. W938 im Volksfreundbüro.

Einfach möbl. **Balkonzimmer** mit elektr. Licht a. 1. Sept. z. verm. St937 **Effenweinstr. 17,** II. r.

Umständehalb. gut erh. **Schrank** bill. zu verk. **Kaiserstr. 65,** III. 5678

Geschäfte
jed. Art v. M. 2000 an zu verkauf. **M. Busam,** Herrenstr. 38. 5595

Hochzeits-, Cutaway-, Smoking u. Frack-Anzüge, fast neu, staunend bill. abzug. 5323 **Zähringerstr. 53 a, II.**

B.-Badener Anzeigen

Allg. Ortskrankenkasse B.-Baden

Bekanntmachung!

Durch die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 aufgrund des Artikels 48 der Reichsverfassung ergeben sich bei diesseitiger Kasse folgende Aenderungen:

1. Für die Inanspruchnahme der Krankenhilfe hat jeder Versicherte **einen Krankenschein** zu lösen. Hierfür ist **eine Gebühr von 50 Pfennig** zu entrichten. Dies gilt auch bei der Erkrankung der Familienangehörigen.

Die Krankenscheine werden von der Krankenkasse ausgegeben.

In besonders dringenden Fällen kann der Arzt, wie auch bisher schon, vorläufig in Anspruch genommen werden, ohne daß ein Krankenschein vorgelegt wird. Der Versicherte ist jedoch verpflichtet, den Krankenschein nachzulösen.

2. Bei der **Abnahme von Arznei-, Heil- und Stärkungsmitteln muß** der Versicherte von den Kosten jeder Verordnung **50 RPfg. an die abgebende Stelle** (Apotheker, Drogist, Optiker, Badeanstalt usw.) zahlen. Betragen die Kosten der Arznei usw. weniger als 50 RPfg., so braucht nur der geringere Betrag gezahlt zu werden. Dies gilt jedoch nur für Mittel, die für Mitglieder selbst verordnet werden. **Für die Familienangehörigen gilt Ziffer 7.**

3. **Krankengeld wird nur noch vom 4.** Tag der Arbeitsunfähigkeit an gezahlt. Auch wenn der Versicherte zunächst nur arbeitsfähig krank wird und die Arbeitsunfähigkeit später eintritt, **müssen drei Wartetage** für das Krankengeld eingehalten werden. Endet die Arbeitsunfähigkeit an einem **Sonntag** oder einem **staatlich allgemein anerkannten Feiertag,** so wird **für diesen Tag kein Krankengeld** gezahlt.

4. Der Anspruch auf **Krankengeld ruht, solange die Arbeitsunfähigkeit der Kasse nicht gemeldet wird.** Das gilt aber nicht, wenn die Meldung innerhalb einer Woche nach Beginn der Arbeitsunfähigkeit erfolgt. Wird die Meldung erst später erstattet, so hat der Versicherte nur Anspruch auf Krankengeld von dem Tage ab, an dem er sich bei der Kasse gemeldet hat.

Der Anspruch auf Kranken- und Hausgeld ruht, wenn und soweit der Versicherte während der Krankheit Arbeitsentgelt erhält. Für solche Versicherte wird das **Krankengeld nach Wegfall des Arbeitsentgeltes auf 60 v. H.** des Grundlohnes erhöht. Zuschüsse des Arbeitgebers zum Krankengeld gelten auch dann nicht als Arbeitsentgelt, wenn sie auf einer Verpflichtung beruhen.

5. Die **bisherigen Mehrleistungen** Krankengeld sind **grundsätzlich nicht mehr zulässig.** Jeder Versicherte hat nur **Anspruch auf 50 v. H. des Grundlohnes** als **Krankengeld.**

6. Als **Hausgeld** werden wie bisher **50 v. H. des Krankengeldes** gewährt. Ledige Versicherte, denen nach Satzungen ein Hausgeld nicht zusteht, erhalten nach mindestens 14tägiger Krankenhauspflegung ein Ledigengeld von RM. 5.—, jedoch nicht nach Erhalt der Kuren.

7. Die **Familienkrankenpflege** **Pflichtleistung** der Kasse geworden. Beitragsbeiträge für Familienangehörige sind deshalb ab 1. September 1930 nicht mehr zu bezahlen. Sie wird auf die Dauer von 13 Wochen gewährt und zwar für die Ehefrauen und Kinder.

Als Kinder gelten:
1. die ehelichen Kinder,
2. die für ehelich erklärten Kinder,
3. die an Kindesstatt angenommenen Kinder,
4. die unehelichen Kinder eines weiblichen Versicherten, wenn seine Vaterschaft festgestellt ist,
5. die unehelichen Kinder einer Versicherten,
6. die Stiefkinder und die Enkel, wenn sie vor Eintritt des Versicherten im Falles von dem Versicherten überwiegend unterhalten worden sind.

Die Familienangehörigen erhalten ärztliche und zahnärztliche Behandlung im gleichen Umfange wie die Versicherten. **Von den Kosten für Arznei und Heilmittel werden 70 % erstattet.**

8. Weiterversicherte oder Weiterversicherungsberechtigte, die nicht im Kassenbezirk wohnen, müssen in Zukunft die Versicherung bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse ihres Wohnortes fortsetzen.

9. Stirbt ein Mitglied, so kann der überlebende Ehegatte sich weiterversichern in derselben Form, wie es das Mitglied gekonnt hätte, wenn es am Leben geblieben wäre.

10. Die **Arztscheingebühr** mit 50 Pfg. und die **Rezeptgebühr** mit 50 Pfg. (Kriegsbeschädigten) auch von den **„Zugeteilten"** zu bezahlen.

11. Diese vorgeschilderten Maßnahmen sind zwar aufgrund der Verordnung sofort in Kraft getreten, sie werden jedoch bei unserer Kasse **erst mit dem 1. September 1930** in Wirksamkeit gesetzt.

Baden-Baden, den 21. August 1930.

Der Kassenvorstand:
A. Diener, Vorsitzender.
Die Verwaltungsdirektion:
Nessler.